

BULLETIN

NUMMER 2 | Juni 2013



-
- * 4 Gemeinderat - Die Mühlen mahlen langsam *
 - * 8 GSoA - Wehrpflicht aufheben! *
 - * 10 Bahninfrastruktur - Trasse sperren? Ja, aber... *
 - * 14 Steuerdumping - Die «Zugisierung» der Schweiz *
 - * 22 Medienkritik - www.zentralplus.ch *
-

2

3 Editorial

Wurmplage

4 Gemeinderat

Die Mühlen mahlen langsam

7 Regierungsrat

Ja zum Zuger Integrationsgesetz

8 GsoA

Wehrpflicht aufheben!

9 1:12

Lohnexzesse stoppen!

10 Bahninfrastruktur

Trasse sperren? Ja, aber ...

14 Steuerdumping

Die «Zugisierung» der Schweiz

16 Wirtschaftskriminalität

Betrug mit «grünen» Finanzprodukten

18 Peak Oil

Der Peak ist erreicht

20 Industrielle Landwirtschaft

Gemüse aber fair

22 Medienkritik

www.zentralplus.ch

24 US-Drohnen

Die Grossen lässt man laufen ...

25 Partei

Aufbruchstimmung

26 Service

Büchermail

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum



Das neueste Produkt des Apple-Imperiums: iPaynotaxes

**Themenspeicher Redaktion
BULLETIN Alternative –
Die Grünen Zug**

Das Bulletin ist unser Sprachrohr zur Information der eigenen Kreise und weit darüber hinaus. Wir schreiben seit Jahren schwarze Zahlen, die Abos sind konstant, die Zahlungsmoral ist gut. Jetzt braucht die Redaktion Unterstützung. Eure Themen sind gefragt. Bringt sie ein, damit wir rechtzeitig über unsere politischen Themen informieren können.

Was ist in der Fraktion, in der Kommission, bei deiner politischen Arbeit wichtig und erwähnenswert, was soll recherchiert und der Öffentlichkeit über das BULLETIN zugetragen werden? Die Redaktion eröffnet einen Themenspeicher und sucht weiterhin auch passende Per-

sonen, die zu den erwähnten Themen schreiben wollen. Die Redaktion entscheidet über die Auswahl.

Themenvorschlag: Gemeinde, Kanton, National, Verkehr, Bildung, Soziales, Wirtschaft, Kultur ...

Warum sollte dies im Bulletin behandelt werden?

Wann soll das im Bulletin behandelt werden, Zeitrahmen, fixe Termine, Abstimmungen ...?

Mitteilungen gerne an:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

**Herausgeberverein Bulletin,
Marianne Aepli**

Wurmplage

Marianne Aepli, Präsidentin Herausgeberverein BULLETIN | Bild Marianne Aepli

«Hört endlich auf mit den Bandwurmsätzen! Die Schriftgrösse entspricht exakt der Betriebsanleitung meiner Waschmaschine. Artikel, die über drei Seiten gehen, lese ich nicht!»

Die interne und nicht repräsentative Umfrage im durchaus politisch interessierten Bekanntenkreis fällt ernüchternd aus. Also hake ich nach, frage nach dem Inhalt, der Bildgestaltung, dem Serviceteil und kann dann doch aufatmen. Offenbar sind die ersten Eindrücke zum BULLETIN, wenn auch die ehrlichsten, nicht die einzigen.

Was den Inhalt betrifft, so gibt es nichts Unspektakuläres: Lokales mit Berichten aus den Gemeinden, wie auch Lokales von globalen Dimensionen – wenn der Umgang mit Rohstoffen eine direkte «Verrohung der Zuger Seele» aufzeigt. Berichte von Bauten, Ausbauten, Umbauten und Röhren, welche das Gotthardmassiv zusätzlich bandwurmartig löchern sollen. Weiter werden die Bodenlöcher für Golfbälle gar nicht erst ausgehoben, Finanzlöcher dafür in verschiedenen Schattierungen ausgeleuchtet. Asylpolitik und Berichte aus dem Kosovo, aus Syrien oder auch aus dem Schweizer Militärdienst, die vor allem zeigen, dass wir nicht im Inselstaat Schweiz leben, sondern durch vielfältige Vernetzungen auch in unserer politischen und gesellschaftlichen Verantwortung gefragt sind. All das finden Sie im BULLETIN: Unterhaltung, Krimi, Kultur und Ethik, Naturwissenschaft und Technik, mit der Fifa-Mafia auch den Fussball. Die Alternativen – die Grünen Zug veröffentlichen viermal jährlich ein 28-seitiges BULLETIN, eine selbstfinanzierte Zeitung voller politischer Meinungsäusserung, Recherche, Statistiken, dem Frontal, dem Veranstaltungskalender, mit Tipps

zu Film und Buch. Von Seite 1 bis Seite 28 grünes Zug in verschiedenen Farbfacetten, noch immer ohne Werbung. Die Schriftgrösse entspricht übrigens nicht nur einer Bedienungsanleitung, sondern ist auch identisch mit dem Layout namhafter Tageszeitungen und Magazine. Die Redaktion und der Herausgeberverein arbeiten ehrenamtlich. In einer einzelnen Nummer des BULLETINS stecken gut zwei Wochen Arbeitszeit, geschätzte 80 Stunden, verteilt auf viele Schultern. Für einmal handelt es sich bei dieser Non-Profit-Arbeit nicht um die Unterschreitung gesetzlicher Mindestlöhne, sondern um ein Zeichen von ungebrochenem Engagement im Bewusstsein um den Profit anderer Art. In der Redaktion bedingen die Veränderungen durch die Rücktritte der langjährigen Redaktionsmitglieder Martin Stuber und Philippe Koch neue Arbeits- und Informationsstrukturen. Obwohl die Redaktion personell gut besetzt ist, braucht sie zusätzliche Informationsquellen. Die Redaktion braucht uns: Die Basis der Leserinnen und Leser, die alternativen Politiker und Politikerinnen aus allen Gremien. «Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein



der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.» – Was im Mission statement des BULLETIN in jeder Nummer veröffentlicht ist, bleibt unsere Mission. Zukünftig wird für jede Nummer ein Gastredaktor oder eine Gastredaktorin eingeladen. Diese Person verfügt über politisches Knowhow und bestimmt eine Nummer inhaltlich mit.

Das Layout, inklusive Schriftgrösse und Bildsprache des BULLETINS sind professionell, die Inhalte auch. Letztere liegen allerdings journalistisch nicht im schweizerischen Mittelmass, sondern sind gut recherchierte Unikate. Wir setzen uns ein für ein ökologisches Gleichgewicht und zeigen auch auf, wo der Wurm drin steckt. Lesen Sie sich durch vereinzelt Bandwurmsätze durch. Sie erhalten dafür anregende und zuweilen auch beunruhigende Lektüre. Mitsprache inklusive. ■

Die Mühlen mahlen langsam

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN | Bilder Paula Gisler

4 **Paul Iten wurde im Herbst 2010 in den Gemeinderat Oberägeri gewählt. Er ist Ressortvorsteher Soziales und trägt die politische Verantwortung für das gesamte soziale Engagement der Einwohnergemeinde Oberägeri, welches sich von Angeboten für Kleinkinder bis zu solchen für hochbetagte Menschen erstreckt. Das BULLETIN hat das Interview am 9. Mai 2013 geführt.**

BULLETIN: Wie ist deine Arbeit organisiert?

Paul Iten: Meine Arbeit ist in vier Teilbereiche unterteilt: Das Gremium des Gemeinderats, die Sozialabteilung, die Mitwirkung auf kantonaler Ebene und die eigene Partei. Die Sozialabteilung beinhaltet die sozialen Anliegen, die seitens der Bevölkerung an uns herangetragen werden, die familienergänzende Kinderbetreuung, die Jugendarbeit, die Langzeitpflege und die Betriebskommission des Altersheims. Ich führe diese Abteilung strategisch und stehe dem Abteilungsleiter vor. Nebst vielen anderen Sitzungen und Verpflichtungen habe ich mit ihm einen wöchentlichen Rapport von 2 bis 3 Stunden. Die Zusammenarbeit mit dem Abteilungsleiter ist sehr gut, was auch so sein sollte. Spannend im Gemeinderat finde ich, dass man in allen Bereichen mitdenken kann. In der Schulabteilung, im Finanzhaushalt, im Bauamt und der Sicherheit. Man entwickelt zusammen strategische Ziele und versucht diese anzusteuern. Das heisst: Wir erarbeiten die strategischen Ziele gemeinsam und Ende Jahr schauen wir die Ziele an, und was wir erreicht haben, und setzen daraufhin wieder neue Ziele für das nächste Jahr fest.

BULLETIN: Wie werden die Ziele überprüft?

Paul Iten: Mit den im Gemeinderat definierten Zielen gehe ich zu meiner Abteilung bzw. meinem Abteilungsleiter und unterbreite ihm diese. Er wiederum muss dann mit seinem Team für die Umsetzung sorgen. Umgekehrt erkundige ich mich natürlich selbstredend vorher bei mei-

ner Abteilung, welche Anliegen und Themen ich in den Gemeinderat bringen soll. Oder welche Mittel sie für die Umsetzung benötigen. Diese muss ich dann im Gemeinderat vertreten und einfordern. Ende Jahr

Ziele erarbeitet, die man sich für eine Legislatur vornimmt. Der Gemeinderat in Oberägeri arbeitet in meinen Augen sehr zielorientiert. Für die Einhaltung der Form ist der Gemeindeschreiber zuständig.

BULLETIN: Du hast die Parteimitarbeit als einen Teilaspekt deiner Arbeit angesprochen. Was bedeutet sie für dich?

Paul Iten: Vor ca. 6 Jahren dachte ich, dass ich mich aus dem Forum Oberägeri zurückziehen möchte. Ich bin



Beim Bäderprojekt schlägt mein Herz für das Dorf, beziehungsweise für das Ägerital.

muss ich gegenüber dem Gemeinderat über die Zielerreichung Rechenschaft ablegen. Alle Abteilungen verfassen auch einen Bericht über die Zielerreichung. Dieser Bericht des Gesamtgemeinderats ist recht umfassend und wird in alle Haushaltungen der Gemeinde verschickt. Ich finde es gut, dass man miteinander

Gründungsmitglied und wollte kürzer treten. Dann kam die Anfrage, ob ich für den Gemeinderat kandidieren wolle. Anfänglich war ich zurückhaltend, habe es aber nie bereut, dass ich mich dann noch überreden liess, für dieses Amt zu kandidieren. Dadurch war aber klar, dass ich meine Arbeit für die Partei nicht reduzieren kann,

es braucht ja die Vernetzung mit der Partei und ich bin sehr froh um diese. Wir haben eine gemeindliche Strategiekommision, in der auch Mitglieder des Forums sind. Diese sind jeweils gut vorbereitet. Auf diese Weise kommen gute Inhalte und Ideen in den Gemeinderat, der diese dann aufnimmt. In diesem Zusammenhang merkt man auch, dass Philipp Röllin wieder mehr Zeit für die Partei hat, seit er – leider – nicht mehr im Kantonsrat ist. Wir veröffentlichen zweimal jährlich die Parteizeitung LUPE. Auf diesem Weg informieren wir die Bevölkerung über das, was wir tun. Wir haben wie andere auch, das Problem, dass wir den Generationenwechsel nicht schaffen. Bei uns ist immer noch die alte Crew dran, die das Forum gegründet hat. Dazu ein paar wenige neue Leute. Die Wahlen sind ja oft auch eine Chance, um neue Leute anzusprechen.

BULLETIN: Was lehrt dich dieses Amt?

Paul Iten: Als Exekutivmitglied muss man sicher konsensfähig und kompromissbereit sein. Zum Beispiel möchte ich in Oberägeri eine Kinderkrippe bauen. Dies erfordert taktisches Planen, da nicht alle Kollegen im Rat gleicher Meinung sind. Am Beispiel Kinderkrippe musste ich auch erfahren, dass die Mühlen der Politik langsam mahlen. In Unterägeri hat unsere Gemeinde schon seit mehreren Jahren Krippenplätze eingekauft. Vor zwei Jahren hat uns Unterägeri mitgeteilt, dass sie ihre Krippenplätze erweitern müssten und ob wir uns beteiligen würden. Für mich war klar, dass die Kinder in Oberägeri bleiben sollen. Wir hatten damals vom Kanton das «Bahnhöfli» gekauft und ich hatte im Hinterkopf, dass die Kinderkrippe dort sein könnte. Und seither arbeite ich an diesem Ziel. Inzwischen habe ich vom Volk den Planungskredit bekommen. Man kann etwas bewegen, doch es braucht Zeit.

BULLETIN: Gibt es manchmal auch Kritik?

Paul Iten: Du bist als Gemeinderat Dauerkritik ausgesetzt. Zum Beispiel das Bäderprojekt, das kürzlich

Unterägeri fährt. Dadurch ist Oberägeri manchmal wie ein Schlafdorf. Wenn wir mehr Leben ins Dorf bringen wollen, müssen wir dafür sorgen, dass in Oberägeri die Leute im



Als Exekutivmitglied muss man konsensfähig und kompromissfreudig sein.

in der Zeitung vorgestellt wurde. Leider war es da nicht zu unserem Vorteil dargestellt. Es wurde geschrieben, dass der Wasserballclub Frosch gesagt hätte, dass ihnen dies nichts bringe. Das Hallenbad wird zu teuer und braucht zu viel Energie. Im Dorf wurde man auf diesen Zeitungsbericht hin überall kritisiert. Du hörst dann keine positiven Voten. Du musst dich der Diskussion stellen und Kritik einstecken können. Aber mit 30 Jahren Berufserfahrung als Lehrperson hat man gelernt, mit Kritik umzugehen.

BULLETIN: Du sprichst das Bäderprojekt an. Was ist dein Standpunkt?

Paul Iten: Oberägeri hat das Problem, dass zum Einkaufen alles nach

Dorf bleiben oder andere zu uns kommen. Daher auch mein Engagement für eine eigene Kinderkrippe. Ein Elternteil, der sein Kind nach Unterägeri in die Krippe bringt, wird auch in Unterägeri einkaufen oder dort einen Kaffee trinken. Das möchte ich verhindern. Das Bäderprojekt bringt für das Leben im Dorf sehr viel, daher mache ich mich dafür stark. Wie du vielleicht gelesen hast, ist Bedarf an Schwimmbädern im Kanton Zug vorhanden. Bei dieser Sache schlägt mein Herz mehr für das Dorf, beziehungsweise für das Ägerital. Das Ägerital verträgt so ein Bad, wir haben uns beraten lassen. Wir planen eine Bäderlandschaft, die alle Altersgruppen anspricht: Eine Rutschbahn für die kleinsten Gäste, ein zweites Bad mit

6

verstellbarem Boden fürs Aqua-fit und eine Sauna. So fühlen sich möglichst viele Personen angesprochen. Ein Schwimmbecken allein hätte uns ein grosses jährliches Defizit eingefahren. Mit einem breiten Angebot fährt man das jährliche Defizit runter. Die Besitzer des Seebads werden bald in Pension gehen, sie werden das Bad nicht weiterbetreiben wollen und sie haben bewusst nicht mehr investiert. Daher müssten wir sicher in der nächsten Zeit auch 6 bis 7 Millionen investieren. Das Hallenbad ist unmittelbar neben dem Seebad geplant. Dieses liegt neben der ZVB-Endstation, was wenigsten vom verkehrstechnischen Standpunkt aus optimal ist. Als linker Politiker werde ich natürlich die Energiebeschaffung beachten.

BULLETIN: Das ganze Projekt wird vermutlich nicht wegen des Energiebedarfs kritisiert, sondern wegen der Kosten.

Paul Iten: Ja, aber Oberägeri hat ein Luxusproblem. Wenn wir dieses Hallenbad nicht bauen können, dann haben wir zu viel Geld. Wir haben z.B. schon Rückstellungen von 12 Millionen für dieses Bad getätigt, und Unterägeri beteiligt sich an den Kosten von 40 Millionen mit rund 17 Millionen. Wir tragen die Kosten nicht alleine. Anfänglich war ich auch skeptisch und war unschlüssig, ob es dieses Bad brauche. Mittlerweile bin ich überzeugt, dass dies ein Standortvorteil für Oberägeri wäre. Ich habe mich aber auch eingehend mit der Thematik beschäftigt, wir haben uns verschiedene Bäder zeigen lassen.

BULLETIN: Gibt es weitere Projekte, die dich zurzeit beschäftigen?

Paul Iten: Ja, zum Beispiel die Wohnbauförderung: Die ersten 14 Wohnungen waren gebaut, als ich in den Gemeinderat gekommen bin. Inzwischen steht die zweite Etappe an. Ich

darf nun die zweite Etappe als Präsident der Arbeitsgruppe begleiten. In Oberägeri wird ja gebaut wie wahn-sinnig – doch nur im Hochpreisbereich. Da braucht es unbedingt ein Gegengewicht durch die soziale Wohnbauförderung. Für die zweite Etappe werden wir nun den Kanton ins Boot holen. Dadurch würden die Wohnungen noch günstiger. Der Verein für familienergänzende Kinderbetreuung wurde aufgelöst und der Gemeinde übergeben. Er unterliegt nun dem Departement für Soziales. Das Pflegeheim Breiten möchten wir in Zukunft nicht mit einer Kommission, sondern mit einer Trägerschaft führen.

BULLETIN: Kann es mit dem Bevölkerungswachstum im Ägerital so weitergehen?

Paul Iten: Ich denke nicht. Wir haben uns das Ziel gesetzt, höchstens 2% Wachstum pro Jahr. Dies ist sehr schwierig einzuhalten. Zurzeit sind im Chalchrain 88 neue Wohnungen ausgeschrieben, im Lutisbach sind doppelt so viele geplant. Die sind schon eingezont, da gibt es kein Zurück. Eine Rückzonung kostet so viel Geld, das kann man nicht finanzieren. Man war bei der letzten Zonenplanung zu grosszügig. Die Bürgerlichen haben das so durchgeboxt. Innerhalb des Gemeinderates kann ich allerdings sagen, dass die Einsicht nun bei allen vorhanden ist, dass es so nicht weitergehen kann. Ich hoffe nun mal, dass sie die 88 Wohnungen im Chalchrain nicht wie warme Wegglü vermieten können, das wäre dann ein deutliches Zeichen.

BULLETIN: Welche Auswirkungen hat diese Entwicklung auf den Verkehr?

Paul Iten: Der Gemeinderat Oberägeri hat eine Studie in Auftrag gegeben, mit dem Ziel, die Verkehrsentwicklung und mögliche Lösungsschritte abzuklären. Die Studie kommt zum Schluss, dass es entweder eine dritte

Spur für den Bus geben müsse, oder eine andere, strassenunabhängige Fortbewegungsart wie Hochbahn, Schiene oder Seilbahn. Die Resultate haben wir dem Kanton vorgestellt, doch der sieht zurzeit keinen Handlungsbedarf. Und natürlich müssten wir noch Unterägeri ins Boot holen, doch die sehen zurzeit nur ihren Tunnel. Dann ist da noch das Zuger Tunnelprojekt. Da können wir natürlich unser Anliegen erstmal vergessen. Mein Favorit wäre aber eine Hochbahn.

BULLETIN: ... Kommen wir auf das Altersheim zurück ...

Paul Iten: Die Betriebskommission des Altersheims ist nicht mehr zeitgemäss organisiert. Das Altersheim ist auf Bürgergemeindegelände, der Bürgerrat ist Chef des Heims, die Gemeinde unterstützt das Heim durch die finanzielle Unterstützung der Langzeitpflege. Die Betriebskommission setzt sich aus 8 Personen zusammen. Neu ist die Gemeinde mit zwei Personen in der Kommission vertreten. Meiner Meinung nach muss es eine neue Trägerschaft geben, z.B. einen Stiftungsrat oder eine AG oder ähnliches. Weiter hat der Kanton Zug kein Hospiz (Palliativ-Abteilung). Ich möchte dafür sorgen, dass Oberägeri das anbieten könnte. Ich habe solche Einrichtungen besucht. Ich sah Einrichtungen, die dem schwerkranken Menschen ermöglichen, dass seine Angehörigen mit ihm wohnen, dafür stehen weitere Betten, eine Küche und Stube zur Verfügung. Sie sollen vom Hospiz und der Verwandtschaft eine – ihren besonderen Bedürfnissen entsprechende – Pflege und Begleitung erhalten. Schwer kranke und sterbende Menschen sollen in Würde leben und Abschied nehmen können.

BULLETIN: Ich bedanke mich herzlich für das Gespräch und wünsche dir weiterhin alles Gute. ■

Ja zum Zuger Integrationsgesetz

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin Alternative – die Grünen Zug | Bild Paula Gisler

Im Kanton Zug leben 147 Nationen friedlich zusammen. Der soziale Frieden ist dem Regierungsrat und dem Kantonsrat wichtig. Bereits seit vielen Jahren investieren wir in die Integration. Bund und Kantone wollen die Integrationsförderung auf gemeinsame Ziele ausrichten. Dabei soll die Integration im Sinne des Grundsatzes von Fördern und Fordern verbindlicher gestaltet werden. Dem Kanton Zug fehlen die gesetzlichen Grundlagen. Mit dem vom Kantonsrat beschlossenen Integrationsgesetz soll klar definiert werden, für was die Gemeinden und für was der Kanton zuständig ist. Die Finanzierung sowie die Schwerpunkte werden im Gesetz festgehalten. Die SVP hat das Referendum gegen das Gesetz ergriffen. Ein Ja am 22. September hilft, dass die Integration weiterhin einen wichtigen Stellenwert hat.

Das Ziel der Integration ist das Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Wohnbevölkerung auf der Grundlage der Grundwerte der Bundesverfassung und gegenseitiger Achtung und Toleranz. Die Integration soll den AusländerInnen ermöglichen, am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft teilzuhaben. Die Integration setzt sowohl den entsprechenden Willen der AusländerInnen als auch die Offenheit der schweizerischen Bevölkerung voraus. Schliesslich ist es erforderlich, dass sich die ausländische Bevölkerung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und Lebensbedingungen in der Schweiz auseinandersetzt und insbesondere Deutsch erlernt.

Arbeitskräfte gerufen ...

In den vergangenen Jahrzehnten haben wir immer wieder Arbeitskräfte in die Schweiz gerufen. Sie haben unsere Strassen und Häuser gebaut. Sie haben bei uns Forschung betrieben und ältere Menschen sowie Kranke gepflegt. Und mit ihnen kamen auch PartnerInnen sowie Kinder. Es kamen Menschen, die hier nicht nur arbeiten, sondern eben auch hier leben, neben uns wohnen und mit unseren Kindern in die Schule gehen. Auch heute wird die Zuwanderung vor allem durch die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes geprägt. Gesellschaft, Wirtschaft und Politik profitieren gleichermaßen davon.

Die Lebensweisen der Zugewanderten hat sich mit der unsrigen vermischt. Heute ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, mit Olivenöl zu kochen und spanischen Rotwein zu trinken. Noch vor vierzig Jahren wurde das den Einbürgerungswilligen im Verfahren negativ ausgelegt. Heute sind die wichtigsten Herkunftsländer Deutschland, Vereinigtes Königreich, USA, Italien, Frankreich, Portugal, Russland, Island, Österreich und die Niederlande.

Wir verlangen von niemandem mehr, seine Kultur und Lebensweise aufzugeben und sich zu assimilieren. Wir verlangen aber Bemühungen zur Integration: dass man – ohne dabei seine eigene Lebensart aufzugeben – für sich selber sorgt, dass man sich an die Gesetze hält und sich im Alltag verständigen kann. Die Sprache spielt dabei eine absolut zentrale Rolle. Die AusländerInnen und ihre Kinder haben sich bei uns im Grossen und Ganzen gut integriert. Dies nicht zuletzt auch aufgrund der jahrzehntelangen Bemühungen von Schulen,

Betrieben und Vereinen, aber auch von Gewerkschaften, Hilfswerken oder Kirchen.

Fördern und fordern

Heute sehen wir, dass dies allein nicht genügt, damit die Integration erfolgreich verläuft. Sehr lange hat die staatliche Seite zu wenig für die Integration getan. Man hat es während vieler Jahre verpasst, die Integration zu fördern, aber eben auch zu fordern. Einige ausländische Mitbewohnende sprechen auch nach vielen Jahren kein Deutsch. Oder sie verstehen unser Schul- und Gesundheitssystem nicht. Es gibt aber auch immer noch Benachteiligungen und



Integration gelingt, wenn sie auf Verbindlichkeit und auf Gegenseitigkeit beruht.

Diskriminierungen, welche zum Beispiel die Integrationsbemühungen von ausländischen Jugendlichen zunichtemachen – zum Beispiel im Lehrstellenbereich. Das wollen wir in Zukunft ändern. Integration gelingt nur, wenn sie einerseits auf Verbindlichkeit und andererseits auf Gegenseitigkeit beruht. Deshalb stimmen Sie am 22. September 2013 Ja zum Integrationsgesetz. ■

Wehrpflicht aufheben!

Jo Lang, Initiativkomitee «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» | Bild GSoA

8 In einem Kommentar zur grossen Armeedebatte vom September 2011 schrieb Hanspeter Mettler, Militärredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung»: «So wurde es im Rahmen des neuen Sicherheitspolitischen Berichts verpasst, eine ernsthafte Debatte über das Milizprinzip und die allgemeine Wehrpflicht anzustossen. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Spätestens im Hinblick auf die Volksinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) für die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht wird dieses Versäumnis aufzuarbeiten sein.»

Unsere Initiative stellt zwar nicht das Milizprinzip in Frage, weil sie eine Berufarmee ausschliesst. Im Gegenteil passt die Freiwilligkeit, die sie fordert, viel besser zum Milizprinzip als eine Wehrpflichtigen-Armee. Aber es trifft zu, dass erst die Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» eine ernsthafte sicherheitspolitische Debatte ermöglicht. Hier eine Reihe von Fragen, die sie aufwirft:

Militärisch unnützlich

Die historische Voraussetzung der Wehrpflicht, die konventionelle Verteidigung der nationalen Grenzen, ist zu einem höchst unwahrscheinlichen Fall geworden. Was der Sicherheitspolitische Bericht nicht bot, dazu bietet unsere Initiative eine grosse Chance: Eine rationale Analyse möglicher Risiken, Gefahren und Bedrohungen. Diese zeigt, dass es sich bei diesen um zivile wie die Klimaerwärmung handelt. Viel mehr Nutzen als eine Armee bringt hier der von der Initiative geforderte freiwillige Zivildienst für Männer und Frauen, Bürger und Zugewanderte. Zur Bewältigung gewaltförmiger Herausforderungen wie der organisierten Kriminalität oder des Terrorismus nützen Armeen, erst recht Massenheere, nichts.

Nicht mehr finanzierbar

Grossarmeen sind nicht mehr finanzierbar, weil der einzelne Soldat wegen der technischen Entwicklung immer teurer wird. Kosteneinsparungen waren und sind eine wichtige Triebfeder in der massiven Verklei-

nerung der meisten Armeen Europas in den letzten zwei Jahrzehnten. Die Schweiz hat – im Verhältnis zur Bevölkerung – die weitaus grösste Armee in Europa.

Die Bereitschaft der Wirtschaft, jährlich für mehrere Millionen von Diensttagen mehrere Milliarden von Franken an Opportunitätskosten zu bezahlen, nimmt ab. Gleichzeitig wird die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger kleiner, für Militärausgaben Steuergelder einzusetzen oder in anderen Bereichen Einsparungen hinzunehmen.

Die Wehrpflicht lässt sich zwar für die militärische Verteidigung des Gemeinwesens gegen äussere Feinde, aber nicht für Inland- oder gar Auslandseinsätze legitimieren. Da das traditionelle Verteidigungsszenario historisch überholt ist, hat sie ihre Berechtigung verloren.

Eine Armee, die jährlich weniger als die Hälfte der 40'000 Wehrpflichtigen benötigt, gerät in Widerspruch zum Grundsatz der «Wehrgerechtigkeit».

Da die vom Bundesrat vorgeschlagene 80'000er-Armee jährlich bloss noch 16'000 Soldaten braucht, hätte sie die sogenannte «Wehrgerechtigkeit» schwer verletzt. Hier dürfte der Hauptgrund für die von den Bürgerlichen beschlossene Wiedererhöhung des geplanten Armeebestandes

auf 100'000 Angehörige sein. In anderen Worten: Wer an der Wehrpflicht festhält, verpflichtet sich zu einem Massenheer.

Gesellschaftlich überholt

Die Wehrpflicht steht in wachsendem Widerspruch zu gesellschaftlichen Entwicklungen wie Individualisierung, Liberalisierung und Zivildisierung. Aber auch die gewachsenen Herausforderungen in Bildung und Beruf sowie die Zunahme von Alleinerziehenden und Doppelverdienenden machen die Wehrpflicht untauglicher, als sie früher gewesen ist.

Die Wehrpflicht für Männer verstärkt



traditionelle Rollenbilder. Das «starke» Geschlecht ist zuständig für die «Sicherheit» in einer arglistigen Welt, das «schwache» für die Kindererziehung und den Haushalt im geschützten Privatraum. Kein anderer Punkt zeigt so deutlich, dass die geltende Wehrpflicht von vorgestern ist. ■

Lohnexzesse stoppen!

Virginia Köpfl, Co-Präsidentin Juso Zug | Bild Savino Caruso

Wenn der Finanzplatz Schweiz wichtiger wird als gute Bildung. Wenn Sparpakete geschnürt werden, welche die Sozialleistungen massiv abbauen. Wenn Vorstösse für mehr Steuergerechtigkeit brutal abgeschmettert werden wegen Erpressungen von selbsternannten Wirtschaftsführern. Dann leben wir in den Zwängen eines Wirtschaftssystems, in dem ein Prozent gleich viel besitzt wie die restlichen 99 zusammen. Sogenannten «Leistungsträgern» werden ständig neue Privilegien gewährt, während 231'000 Schweizerinnen und Schweizer mit einer Vollzeitarbeitsstelle ihren Lebensunterhalt nicht bezahlen können. Doch wir haben Antworten für mehr Gerechtigkeit in der Schweiz – eine davon ist die 1:12-Initiative.



Die 1:12-Initiative – das beste Mittel gegen Abzockerei!

Niemand soll in einem Jahr weniger verdienen als der Bestbezahlte desselben Unternehmens in einem Monat. So können wir Lohnexzesse wirkungsvoll stoppen. Gleichzeitig binden wir mit dieser Regelung die höchsten Löhne eines Betriebs an die tiefsten, sodass die Gehälter nur noch im Gleichschritt steigen können. Die 1:12-Initiative ist bitter nötig, da die Managerlöhne in den letzten Jahren regelrecht explodiert sind. Während das durchschnittliche Lohnverhältnis 1984 noch 1:6 betrug, wuchs es bis 2011 auf 1:93. Ein Manager scheffelt also in einem Jahr durchschnittlich deutlich mehr

als du und ich in unserem gesamten Leben verdienen werden! Dabei sind die Durchschnittslöhne der börsenkotierten Unternehmen noch viel höher – Spitzenreiter ist mit 1:1820 Brady Dougan von der Credit Suisse. Auch eine Firma wie Lindt und Sprüngli verfügt über eine Lohnschere von 1:330. Bei Schindler ist die Arbeitszeit des Chefs in drei Tagen so viel wert wie der Jahreslohn des am schlechtesten bezahlten Angestellten. Auf der anderen Seite halten Unternehmen wie Coop, Migros, Victorinox, die ETH oder die Alternative Bank bereits jetzt ein Verhältnis von 1:12 ein.

Mehr Verteilungsgerechtigkeit!

Die Abzocker bereichern sich auf Kosten aller anderen und nehmen sich ohne Scham immer mehr und mehr. Um die Abzocker zu stoppen und für mehr Gerechtigkeit in der Schweiz zu sorgen, hat die Linke diverse Projekte im Köcher. Eidgenössische Initiativen wie die Erbschaftsteuerreform, die Abschaffung der Pauschalbesteuerung, die Mindestlohn-Initiative oder die 1:12-Initiative sind Teil des gleichen Diskurses – eines Diskurses für mehr Verteilungsgerechtigkeit und gegen Abzockerei. Die deutliche Annahme der Abzocker-Initiative hat die Diskussion lanciert – das wirkliche Gegenmittel gegen Abzockerei ist aber die 1:12-Initiative. Mit der 1:12-Initiative schaffen wir wieder mehr Lohngleichheit. Mit der 1:12-Initiative legen wir gemeinsam verbindliche Regeln fest, damit die Löhne der Manager in Zukunft nicht mehr bis ins Unermessliche wachsen können. Von dieser Initiative profitiert eine grosse Mehrheit in unserem Land. ■

1:12 unterstützen

Im Gegensatz zu unseren GegnerInnen werden wir im Abstimmungskampf nicht auf eine Millionenkampagne zurückgreifen können. Der Abstimmungskampf wird auf der Strasse stattfinden – dazu brauchen wir deine Hilfe!

Was du tun kannst:

- Deinen Freundeskreis überzeugen
- Flyer verteilen
- Plakate aufhängen
- Leserbriefe schreiben
- Spenden
- 1:12-Buch zum Thema Ungleichheit von JUSO und Denknetz kaufen

Falls du dich in Zug aktiv engagieren möchtest, melde dich bei:
virginia.koepfli@bluewin.ch

Trasse sperren? Ja, aber...

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative – die Grünen | Bilder BULLETIN

10

Manchmal liegt der Redaktionsschluss sehr ungünstig. Wenn der Zuger Kantonsrat nach anderthalb Jahren Anlauf am 27. Juni über die Richtplanfestsetzung der Doppelspur Walchwil entscheidet, ist die vorliegende Nummer in Produktion. Wir haben über das Thema schon mehrmals berichtet und der Schreibende fasst den intensivsten politischen und bahntechnischen Lernprozess in seiner bald 23-jährigen parlamentarischen Tätigkeit zusammen.

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Als der Zuger Kantonsrat 2009 im Richtplan die Doppelspurverlängerung in Walchwil mit der Forderung nach Führung dieser Verlängerung in einem Tunnel versehen hatte, war von einer 2-jährigen Sperre der Zugersee-Ostlinie am Tage der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels noch nicht die Rede. Und dass die Lage dieser Doppelspurverlängerung bzgl. Kosten, Baulärm und betrieblichen Möglichkeiten überhaupt nicht ideal ist, war zu diesem Zeitpunkt für Ausstehende nicht erkennbar. Nachdem ein technischer Bericht eine offene Linienführung als Bestvariante deklarierte und Bern die Mittel im Rahmen der ZEB-Projekte freigegeben hatte, war die Vorentscheidung in Bern schon gefallen – der ganze Planungsprozess wurde aufgeleitet. Nur noch der Zuger Kantonsrat könnte die Weiche anders stellen, denn die Zuger Regierung stimmte dieser Variante der Doppelspur in offener Linienführung nördlich des Bahnhofes Walchwil in bewohntem, geologisch schwierigem Gelände trotz klarem Auftrag im Richtplan zu. Der Grund liegt auf der Hand: Die Mehrkosten für den Tunnel hätte der Kanton Zug zahlen müssen. Die offene Linienführung hingegen wird vollumfänglich vom Bund im Rahmen des ZEB-Programmes bezahlt.

Wirksame Opposition

Umso erstaunlicher ist es eigentlich, was mit hartnäckiger, fundierter, überparteilicher und konstruktiver Opposition in anderthalb Jahren erreicht worden ist. Statt dass der Kan-

tonsrat wie erwartet die ganze Sache schlank durchgewinkt hat, sahen sich der Baudirektor und der Volkswirtschaftsdirektor veranlasst, die Vorlage am Morgen der entscheidenden KR-Sitzung zurückzuziehen. Was die genauen Motive für diesen ausserordentlichen Schritt waren, ist immer noch im Dunkeln, aber ein Grund dürfte wohl gewesen sein, dass die Vorlage im Rat zu diesem Zeitpunkt auf der Kippe stand.

Bei Monsieur Gauderon

Einige Tage nach dem Rückzug der Vorlage im Kantonsrat: Der Händedruck ist fest, die Rede direkt und schnörkellos und nachdem die drei Zuger Besucher (Stuber, Brunner, Schmid) gewogen und für ernstzunehmend befunden sind, geht es während mehr als einer Stunde zur Sache. Am Schluss wird am Abend dieses 3. Julis 2012 in der Generaldirektion der SBB mit Philippe Gauderon, dem Chef Division SBB-Infrastruktur, vereinbart, dass seine Leute die Variante Murpfli nach den Sommerferien simulieren und in der Öffentlichkeit solange Stillschweigen zwischen den beiden Parteien herrscht. Zuvor war die Auseinandersetzung eskaliert, nachdem der Projektleiter ZEB der SBB, Herr Schmalz, mit Erpressungsversuchen und Verdrehungen der Tatsachen und die Verfasser des Minderheitsberichtes mit allzu scharfer Replik für viel böses Blut gesorgt hatten.

Wenn die SBB nicht wollen ...

Die Simulation am 18. September wurde statt wie vereinbart im klei-

nen «Expertenkreis» zu einer grossangelegten Informationsübung umfunktioniert, in der die Resultate der Simulation etwas in den Hintergrund rückten und stattdessen die SBB den beiden damit befassten kantonsrätlichen Kommissionen (Raumplanung und öffentlicher Verkehr) und Zuger Behördenvertretern ihre Kompetenz bei der Fahrplanentwicklung und Gestaltung näherbrachten.

Die einfache Quintessenz: Die Ausweichstelle Murpfli ist machbar und funktioniert grundsätzlich, aber wegen 2 Minuten gebe es einen Abkreuzungskonflikt der S2 mit der S24 im Nordkopf des Zuger Bahnhofes und deshalb wurde der von uns vorgeschlagene Fahrplan gar nicht simuliert. Abklärungen nach der Veranstaltung bei Experten ergaben, dass solche Trassenkonflikte im Minutenbereich nichts Aussergewöhnliches sind und üblicherweise betrieblich gelöst werden. Unser mehrmaliges Begehren an Philippe Gauderon, die Simulation unseres Fahrplanes nachzuholen, stiess auf taube Ohren. Ernüchterndes Fazit: Wenn der Bahnriebe SBB etwas nicht will, dann wird es schwierig.

Immerhin war anderes Interessantes zu erfahren – z.B. dass die Weiterführung der S2 nach Baar ein aufwendiges Wendegleis in der Littli mit Leerfahrten bedingt und erhebliche fahrplantechnische Probleme stellt. Dazu weiter unten mehr.

... der Kanton brav folgt ...

Die Interessen der Bevölkerung des Kantons Zug liegen auf der Hand:

keine 2-jährige Sperre, Minimierung der Bauemissionen in Walchwil, keine Beeinträchtigung der S2 durch den Ausbau des Fernverkehrs zwischen Zürich und Lugano/Milano und wenn es als Draufgabe noch den durchgehenden Halbstundentakt der S2 bis nach Arth-Goldau gibt – umso besser.

Was aber macht die Zuger Regierung? Sie sagt brav Ja und Amen zu allem, was aus Bern kommt. Und wenn ein Vorschlag kommt (die Variante Murpflü, ausgearbeitet von einer kleinen im Hintergrund bleibenden Expertengruppe; siehe BULLETIN 4-2012), der alle oben genannten Punkte in idealer Weise erfüllt, wird gemauert und hintertrieben. Bis zur paradoxen Situation, dass der Zuger Volkswirtschaftsdirektor unverhohlene Befriedigung zeigt, wenn die Schwyzer Regierung den durchgehenden Halbstundentakt zwischen Zug und Arth-Goldau nicht bestellt. Dass die ZugerInnen, welche die Rigi als Naherholungsgebiet nutzen, froh darum wären, interessiert beim Zuger ÖV-Chef und seinem Amtsleiter nicht. Wer von der Rigi herunterkommt, hat gute Anschlüsse, ausser nach Zug, wo 35 Minuten Wartezeit angesagt sind. Und dabei wird es trotz einem fast dreistelligen Millionenausbau auch bleiben, inklusive teurer Wartezeit der S2 in Walchwil, bevor sie wieder nach Zug umkehrt.

... und eine Gemeinde sich selbst aufgibt

Die Walchwiler Interessen sind noch offensichtlicher: Dank unserer Opposition wissen wir, dass schon

ab Fahrplan 2014 nur noch ein ausgedünnter Fahrplan bis Walchwil gefahren wird und ab Fahrplan 2016 dann für zwei Jahre gar nichts mehr geht. Dafür haben sie dann in diesen zwei Jahren massivsten Baulärm wegen der Neubaustrecke, bis und mit Felsabtragung. Das kümmert den Walchwiler Gemeinderat offenbar nicht.

Dabei befindet sich der Walchwiler CVP-Gemeindepräsident Tobias Hürimann in einem nicht offen deklarierten Interessenskonflikt. Als Verwaltungsratspräsident der Gysi Metallbau in Baar ist er Auftragnehmer der SBB. Vielleicht erklärt dies, weshalb er von Beginn weg so konsequent an der Seite der SBB gestanden ist in diesem Konflikt. Obwohl es doch offensichtlich ist, dass Walchwil von der Variante Murpflü nur profitieren könnte. Weshalb der Rest des Gemeinderates seinem Präsident so treu ergeben folgt, ist eines der Geheimnisse in dieser Geschichte. Immerhin sind an der SBB-Orientierung vom 17. Juni über das Vorprojekt von zwei Walchwiler Gemeinderäten gute Fragen gestellt worden. Vielleicht wirkt die Opposition im Dorf langsam.

Angst vor dem Güterverkehr

Dass sich in Walchwil Opposition regt, war schon lange klar. Auf Antrag des Schreibenden wurde sie an die KöV-Sitzung im Frühling 2012 eingeladen. Es dauerte aber sehr lange, bis sie sich einer breiteren Öffentlichkeit zeigte. Neben der Unterstützung der Variante Murpflü konzentriert sich diese Opposition auf

den Güterverkehr und dessen Lärmimmission. Ein durchgehender Ausbau auf Doppelspur soll auch langfristig verhindert werden. Dieser macht im geologisch schwierigen Gelände eh wenig Sinn, aber die seltsame Position des Gotthardkomitees, dem der Kanton Zug prominent auch angehört, in dieser Frage, veranlasste den Schreibenden zusammen mit dem Walchwiler FDP-Kantonsrat Florian Weber zu einer dringlichen Interpellation.

Die Fokussierung auf diese Frage ist teilweise nachvollziehbar, denn auch wenn die Hauptarterie des Güterverkehrs zweifellos über Rotkreuz verläuft, so ist ein gewisses Güterverkehrsaufkommen entlang Zugersee Ost nicht einfach auszuschliessen, insbesondere weil die Zukunft des Rangierbahnhofes Limmattal unklar ist und falls der Zimmerberg-Basistunnel II gebaut würde, dort ungenutzte Kapazitäten bestehen. Die Antwort der Regierung liegt bei Redaktionsschluss noch nicht vor, aber die Wette gilt: Eine verbindliche Zusage, dass auch auf längere Frist (15–20 Jahre) keinerlei Güterverkehr über Zugersee Ost geführt wird, wird die Zuger Regierung nicht geben.

Geheime Studie Verlängerung S2

Um dem angeblichen Abkreuzungskonflikt der S2 mit der S24 auszuweichen, wurde im Februar 2013 in einem Postulat der Ausbau des Gleises 1 im Bahnhof Zug von Süden her aus Richtung Walchwil vorgeschlagen. Somit könnte die S2 dort wenden. Die Regierung lehnt das

Ansinnen ab u.a. weil so der Weiterzug der S2 (die so genannte zweite Teilergänzung der Stadtbahn) nach Baar verunmöglicht werde. Die Zweifel am Kosten/Nutzen-Verhältnis dieses Ausbaus wurden noch grösser, als sich der Volkswirtschaftsdirektor weigerte, eine Studie zu dieser 2. TE vom Juni 2012 herauszurücken. Eine Mehrheit der KöV stützte diese Haltung auch noch – das Kommissionsgeheimnis verbietet leider weitere Erläuterungen zu dieser Selbstkastration. Die Vermutung drängt sich auf, dass der Infrastrukturaufwand für den Weiterzug der S2 nach Baar zu gross ist, womit die Argumentation der Regierung gegen das Gleis 1-Postulat in sich zusammenfällt.

Nochmals nach Bern

Schliesslich pilgerte der Schreibende zusammen mit SVP-Kantonsratskollegen Philip C. Brunner am 3. April nochmals nach Bern – diesmal zum Bundesamt für Verkehr (BAV), der Bewilligungsinstanz für den Ausbau der Doppelspur und der Streckensperrung. Wir wurden vom Sektionschef Grossprojekte, Rudolf Sperlich, und dem Leiter Umsetzung ZEB, Thomas Berner, empfangen, nachdem ich Herrn Berner zuvor dokumentiert hatte und um dieses Treffen nachsuchte. Es zeigte sich, dass das BAV die 2-jährige Streckensperrung nicht einfach so hingenommen hat, aber keinen Auftrag zur Prüfung der Sperrdauer nur für die Streckensanierung erteilt hat. Es wurde auch klar, dass die betriebliche und planerische Sinnhaftigkeit von SBB-Projekten in anderen BAV-Sektionen zu einem früheren Zeitpunkt angeschaut werden. Eben: Vorgespart wird frühzeitig.

Die SBB geben ein Zuckerli ...

Weil die KöV auf Antrag des Schreibenden eine Präsentation des Vorprojektes gewünscht hatte, informierten die SBB am 17. Juni die beiden kantonsrätlichen Kommissionen und Behördenvertreter aus den Kantonen Zug und Schwyz (Zürich blieb aussen vor). Die frohe Botschaft: Wir sperren nur noch anderthalb Jahre und das Ganze kostet 5% weniger. Ob das Zuckerli aber nur ein Placebo ist, können wir nur vermuten, denn die Frage eines Walchwiler Gemeinderates, ob diese Verkürzung der Sperre auch ihren Niederschlag im Fahrplan finden wird, wurde nicht schlüssig beantwortet – «denkbar, aber nicht sicher». Da es sich um internationalen Verkehr handelt, ist ein unterjähriger Fahrplanwechsel im Fernverkehr eher unwahrscheinlich, d.h. die Spitzkehre in Rotkreuz würde weiterhin zwei Jahre dauern. Allenfalls könnte die S2 ein halbes Jahr früher wieder bis Walchwil und stündlich bis Erstfeld verkehren.

... und wichtige Infos nach Rückfragen

Dieses Beispiel zeigt: Wichtige Informationen stehen nicht in der Präsentation, sondern kommen erst in der Diskussion auf, die für die SBB und die beiden anwesenden Zuger Regierungsräte Michel und Tännler einen sichtlich unerwarteten und eher unerwünschten Verlauf nimmt. So sehr, dass Heinz Tännler ausfällig wird gegenüber seinem Parteikollegen Philip C. Brunner, weil dieser sich erdreistet, eine wirklich nichtssagende Auskunft der Leiterin Netzentwicklung SBB, Daria Martinoni, als solche zu benennen und zu kritisieren. Die matchentscheidende Frage stelle ich gleich zu Beginn der Diskussion: Wie lange muss gesperrt

werden, wenn nur die Streckensanierung gemacht wird (das Murpfl kann im Gegensatz zur Doppelspur Walchwil im laufenden Betrieb gebaut werden)? Die Antwort der SBB: ca. ein Jahr. Die Aussage, auf die wir seit anderthalb Jahren gewartet haben, hier ist sie endlich. Die SBB hatten sich immer geweigert, die beiden Projekte getrennt anzuschauen. Der Druck der Opposition, vielleicht auch aus dem BAV und sicher durch die Interpellation Eder wirkt offensichtlich.

Aber da ist noch Luft drin: Anschlussfrage – wurde gerechnet, wie lange die Sperre dauert, wenn im unbewohnten Gebiet im 3-Schicht-Betrieb gearbeitet wird? Antwort SBB: Nein. Unsere lange gehegte Vermutung, dass bei einer Konzentration auf die Streckensanierung und bei entsprechendem frühzeitigem Auftrag der Behörden die SBB sehr wohl in der Lage wären, die Arbeiten mit einem Effort in ein halbes Jahr zu drücken, verdichtet sich zu einer wahrscheinlichen Annahme. Aber auch schon die Reduktion auf ein Jahr wäre ein grosser Gewinn. Und dass für die umfassende Streckensanierung eine Total Sperre Sinn macht, ist Bestandteil unseres Lernprozesses.

Starke Stellung der SBB

Ein leichtes Knistern im Saal ist spürbar, als der SBB-Vertreter die Frage des Schreibenden beantwortet, wer die externen Planungsaufträge bekomme. Die Antwort: das Büro Emch & Berger. Also justament das Planungsbüro, welches die Variantenstudie zur Frage Tunnel oder offene Doppelspur in Walchwil verfasste. Der SBB-Sprecher betonte, dass es in einem normalen Ausschreibungsverfahren vergeben wur-

de, was wir gerne glauben. Aber der Umstand wirft ein Schlaglicht auf ein wirkliches Problem in der Schweiz hin: Die SBB sind der mit Abstand grösste Besteller von solchen Dienstleistungen, so dass sich jede Firma, welche Aufträge der SBB will, gut überlegen wird, wie sie sich mit den SBB stellen. Dies ist auch der Grund, weshalb für eine wirklich unabhängige Expertise wohl ins Ausland ausgewichen werden müsste.

Interpellation Eder

Ja – und dann landet die Thematik der 2-jährigen Streckensperrung bei Beginn der Eröffnung des GBT doch noch in Bern. FDP-Ständerat Joachim Eder stellt zu Beginn der Sommersession fünf kritische Fragen. Die Antworten liegen bei Redaktionsschluss noch nicht vor – sie dürften sich wohl im Rahmen der Präsentation der SBB bewegen.

Weil die für den Fernverkehr faktisch weiterhin 2-jährige Streckensperrung bei der Eröffnung des GBT nicht nur den Kanton Zug, sondern alle an der zentralen Nord-Süd-Achse interessierten Kantone betrifft, wird die Diskussion kaum zur Ruhe kommen und noch lange für rote Köpfe sorgen.

Dokumentation unter www.alternative-zug.ch in der Rubrik Kantonsrat ■



Halb so teuer wie das offizielle SBB-Projekt, unter Betrieb zu bauen und in fast unbe-
wohntem Gebiet: der Doppelspurabschnitt Murpflü.

Die «Zugisierung» der Schweiz

Von Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative – die Grünen | Bilder Paula Gisler

14

Zug verkauft seine Seele für schnöden Mammon. Die Bürgerlichen – gefangen in ihrer Wachstum-um-jeden-Preis-Ideologie – hofieren grosse Firmen sowie ausländische Millionäre mit Privilegien. Das Leben für die Mehrzahl der ZugerInnen wird dabei immer teurer. Nun setzt sich diese Politik auch in anderen Kantonen und national mehr durch – z.B. mit der Unternehmenssteuerreform 3.

Zugs Regierung strebt laut ihrer Hochglanzprospekt-Strategie ein «Wachstum mit Grenzen» an. Das wäre so lobenswert wie nötig. Zugs Wachstums- und Steuerdumpingpolitik hat bei Land- und Immobilienbesitzern, Treuhändern, Steueroptimierern aus aller Welt Goldgräberstimmung ausgelöst. Doch den schönen Worten lässt die Regierung kontraproduktive Taten folgen. Die negativen Folgen der Zugisierung nehmen zu: Mehrverkehr, Zubetonierung von Grünflächen, Identitätsverlust, unbezahlbare Wohn- und Lebenskosten. Ich wohne in der Stadt Zug. Im Block nebenan wird eine 3½-Zimmer-Neubauwohnung für 8650 Franken angeboten – kein Einzelfall. Nicht selten werden ältere Wohnungen kosmetiksanisiert und zum zwei- bis dreifachen Preis vermietet. (Deutlich zu sehen im Rundschau-Beitrag «Die Vertreibung aus dem Paradies» vom 15. Dezember 2010: www.sendungen.sf.tv/reporter/Sendungen/Reporter/Archiv/).

Kein Wunder ziehen mehr Menschen aus Zug in andere Kantone als von dort zuziehen. Das teure Zug ist für Wenig- wie für Normalverdienende kein «Erfolgsmodell». Es kommen reiche Expats – mit dem Segen der Zuger SVP. Die hat das Referendum gegen das Integrationsgesetz ergriffen mit der Begründung «Expats keine Steine in den Weg legen». National gegen Personenfreizügigkeit und Zuwanderung hetzen, in Zug aber kräftig ankurbeln.

Wo gespart wird...

Gleichzeitig wird gespart. Beispiele? Auf die Versicherten der kantonalen Pensionskasse kommt nach einem

Rentenverlust von 20% 2008 erneut eine Einbusse von 12% zu. In der Stadt wird in der Bildung auf Kosten der Kinder gespart – grössere Schulklassen, teurerer Musikschulunterricht etc. Der Stadt fehlen Steuereinnahmen. Allein die kantonale Steuergesetzrevision 2011 riss ein Loch von 10 Millionen – jährlich! in die Kasse. Seit 2007 wurden in Zug Kantons- und Gemeindesteuern im Umfang von beinahe 200 Millionen jährlich gesenkt – vor allem zugunsten privilegierter Unternehmen und Reicher. In den vergangenen Jahren wurde ich mehrmals als Redner zum Thema «Droht uns die Zugisierung» eingeladen. Erstmals 2006 in Appenzell – letztmals 2013 in Schaffhausen. Meine Erkenntnis: Ja, die Zugisierung schreitet voran und die Menschen sind besorgt. Andere Kantone kopieren Zug – die Mutter aller Steuersenkenden – mit Steuern auf Aldi-Tiefstpreinsniveau. Teils mit verheerenden Folgen – so musste Luzern aufgrund der Einnahmeausfälle ein massives Sparpaket (Bildung, Sicherheit etc.) aufgleisen. Auf nationaler Ebene machte man der so genannten «Wirtschaft» mit der Unternehmenssteuerreform 2 den Kotau. Das führte zu Steuer ausfällen in Milliardenhöhe und dazu, dass Grossaktionäre wie Glencore-CEO Glasenberg 100 Millionen Dividendengewinne steuerfrei einstrichen.

.. und wer wird das zahlen?

Jetzt soll die Unternehmenssteuerreform 3 kommen. Statt einfach nur die kritisierten Steuerprivilegien (Holding, gemischte Gesellschaften) wie z.B. für die Rohstoffbran-

che in Genf oder Zug abzuschaffen, sollen einfach alle Unternehmenssteuern runter. Die Folge: Steuerausfälle von bis zu 5 Milliarden Franken. Es sei aber «keine Steuersenkungsvorlage», sagten Bundesrätin Widmer-Schlumpf und der frisch gewählte Präsident der Kantonalen Finanzdirektoren, Zugs Regierungsrat Peter Hegglin. Wie werden die Verluste wettgemacht? Schweigen! Doch! Evtl. durch eine höhere Mehrwertsteuer. Der Konsument soll zur Kasse gebeten werden. Sinkende Kaufkraft und die nächste Wirtschaftskrise wären vorprogrammiert. Economiesuisse nutzt die U3 und fordert «proaktive Unternehmenssteuersenkungen» in allen Kantonen von heute 12 bis 24% auf 10 bis 13%, «um international wettbewerbsfähig zu bleiben». Finanzdirektor Hegglin kündigt aus demselben Grunde gleich an, dass Zug ebenfalls seine Unternehmenssteuern auf 12,5% senke und zudem weniger NFA an andere Kantone zahlen will. Dabei weist die Schweiz im internationalen Vergleich eine der tiefsten Unternehmensbelastungen auf und Zug ist dann «einer der tiefsten im Tief». Das alles ist Wahnsinn, hat aber Methode. Die Ideologie der Zugisierung bedeutet: Die Belastung von den gewinnstarken Unternehmen hin zu den Haushalten verschieben. Profite für wenige schützen. Die Lasten zahlen Bürgerinnen und Bürger. Gemeinden, Kantone und Bund fehlen bald Gelder für Bildung, Infrastruktur, Gesundheit etc. Letztlich wird die Demokratie ausgehöhlt – denn ohne Geld kein Handlungsspielraum für die Stimmbevölkerung.



Ein Geschäftshaus: Voll vermietet! Kein Wunder: Zug zieht Firmen an.



Der Stadt fehlen Steuereinnahmen. Allein die Steuergesetzrevision von 2011 riss ein jährliches Loch von 10 Millionen in die Kasse. Nun wird z.B. durch grössere Schulklassen und grössere Beiträge der SchülerInnen an den Musikunterricht gespart.

Markteingriffe – mal Ja, mal Nein

Stossend ist, dass es gemäss der Bürgerlichen Doppelmoral nach den «Markteingriffen» zugunsten der Privilegierten (Steuersenkungsgesetze) keine «Markteingriffe» für die Bevölkerung und den Ressourcenerhalt geben darf, als wäre die Situation in Zug nicht von der Politik bewusst geschaffen worden.

Nun: Die Grünen sind aus meiner Sicht die letzte Wirtschaftspartei der Schweiz. Wirtschaft – das sind nämlich wir alle: Arbeitnehmende, Multis, öffentliche Hand, Kinder, RentnerInnen, KMUs etc. Alle leisten einen Beitrag bzw. haben einen geleistet oder werden einen leisten. Darum braucht es eine Wirtschaft, die nützt und nicht viele ausnützt. Ungleichheiten rächen sich – keine Volkswirtschaft überlebt lange, wenn die Kaufkraft bei vielen aufgrund tiefer Löhne oder Erwerbslosigkeit schwindet. Und langfristig funktioniert Wirtschaft zum Wohl von Gesellschaft wie auch Firmen nur, wenn wir die Rohstoffe und Ressourcen mit Bedacht und umweltverträglich nutzen, wie wir dies mit der eingereichten Initiative «Grüne Wirtschaft» fordern. Stoppen wir also die Zugisierung. Die Politik hat dafür zu sorgen. Mit der Demokratie haben wir es in der Hand. In Zug hatten wir schon erste Erfolge mit dem Ja der Stadtbevölkerung zur 2000-Watt-Stadt (nachhaltige Ressourcennutzung) sowie dem Ja zu «Wohnen für alle» (zahlbare Wohnkosten). ■

Betrug mit «grünen» Finanzprodukten

Franz Stoller, freier Journalist Zug | Illustration Internet

16

Der verantwortungsbewusste Investor von heute legt gerne sein Geld in umweltverträglich und ethisch einwandfreien Anlagen an. Wertpapiere aus dem Hause Xstrata-Glencore gelten daher als Tabu. Doch das Angebot an «alternativen Investments» ist gross und unübersichtlich. Ein gut geeignetes Terrain für Betrüger, Graumarktgrößen und Finanzschwindler, ihre Geschäftsideen unter die Leute zu bringen.

Die Devise lautet: Weg vom schädlichen Öl und Gas, hin zum CO²-neutralen und nachhaltigen Energieträger wie Holz, Biogas, Wasserkraft, eothermie sowie Solarenergie. Nicht nur Herr Käfer mit seiner Sensei Energy AG hat die Zeichen der Zeit erkannt und ist auf den fahrenden Zug mit Öko-Anlagen aufgesprungen, auch zahlreiche seiner «Berufskollegen» aus der Graumarktbranche gründen fleissig Firmen für erneuerbare Energie. Der gewiefte Anleger sollte sich aber nicht von hohen Renditeversprechen, intransparenten Anlagemodellen und aufwendigen Webseiten täuschen lassen.

Die Zuger «Bekannten»

Die Geschäftsidee der Gecos Holding AG im aargauischen Othmarsingen tönte einleuchtend. Im sonnenverwöhnten Griechenland, das sich in einer Wirtschaftskrise befindet, Solarparks zu bauen und sich an bestehenden zu beteiligen, klang eigentlich sehr erfolgsversprechend. Wie üblich wurden via Callcenter zahlungskräftige Investoren gesucht, die ihr Geld gewinnbringend anlegen wollten. Einmal mehr zogen auch bei Gecos finstere Gestalten im Hintergrund die Fäden. Einer davon war Fabio Pacino. In seinem nicht aktualisierten Xing-Profil nennt er sich «Head of Investor Relations» bei Gecos Management AG. Beim zweiten im Bunde handelte es sich um den nicht minder bekannten Ingo Halbey. Der selbsternannte Business-Angel fungierte als «Berater» von «Start-up-Firmen mit innovativen Geschäftsideen» sowie als «Firmensprecher» des inzwischen konkur-

siten «Lifestylekonzerns» Cobracrest aus Berlin, der angeblich 2006 für mehrere hundert Millionen Euro die Rauchlos-Zigarettenfirma NicStic hätte übernehmen sollen. Die Gecos Holding und die ihr angeschlossene Gecos Management gingen im Frühling 2011 wenig überraschend pleite.

Mogelpackung der «Inveca»

Ebenfalls im Energiebereich tätig ist bzw. war die in Sihlbrugg ansässige Inveca AG. Mit den Slogans «Wir

produzieren Energie» und «Investieren Sie clever in die Zukunft» ging man ebenfalls auf Kundenfang. Weder eine Börsennotierung am freien Markt in Frankfurt noch die Hochglanzprospekte durften fehlen, um die Lügenfassade aufrecht zu erhalten. Ausser ein paar Beteiligungen an angeblichen Solarprojekten in Griechenland – dem 1:1 kopierten Geschäftsmodell von Gecos – sowie dem stark forcierten Aktienverkauf und zu guter Letzt einem Bilanzverlust von über 3 Millionen Franken für das Geschäftsjahr 2011 waren keine nennenswerten Geschäftsaktivitäten festzustellen. Die Revisionsfirma UTG aus Baar warnte bereits in ihrem Bericht vom 21. Juni 2012 vor einer drohenden Überschuldung. Erst rund 6 Monate später wurde über die Gesellschaft der Konkurs

The screenshot shows the Inveca AG website. At the top, there are navigation links: 'Startseite | Kontakt | Impressum | english'. Below this is a large image of a woman pointing at the camera, with the Inveca logo and 'INVESTMENT.CAPITAL' to the right. Below the image are four news snippets:

- AKTUELL**: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. 10 Jahre EEG.
- AKTUELL**: Geplante Projekte.
- Inveca ENERGY**: Energiemarkt wächst.
- Inveca ENERGY**: Sonnenenergie 2020.

Below these are three main content blocks:

- DIE inveca AG**:
 - > Das Unternehmen
 - > Unsere Leistungsfähigkeit
 - > Meldungen
 - > Investor Relations
- ENERGY**:
 - > Aktuelle Projekte
 - > Solides Investment
 - > Der Energiemarkt wächst
 - > Erneuerbare Energien
- Auf der Sonnenseite**:

Langfristige, stabile Renditen durch staatlich garantierte Einspeisevergütung

Im Mittelpunkt der **inveca AG** stehen die erneuerbaren Energieträger Sonne, Wind und Wasser. Sie bilden die Grundlage unseres Lebens und sind zugleich Basis für ein solides Unternehmenswachstum.

Die **inveca AG** projektiert und entwickelt. Unsere Unternehmensstruktur garantiert transparente und effiziente Prozesse, auf allen Ebenen der Planung, der Errichtung und des Betriebs. So erzielen wir mit der nachhaltigen und beständigen Ausrichtung aller Investitionen in unserem Kerngeschäft ENERGY.
- AKTUELL**:
 - 15.11.2011 | inveca **Bekanntmachung der Billigung des Börsenprospektes durch die BaFin** lesen Sie mehr... (PDF)
 - 26.08.2011 | inveca **Griechenland – Sicherung von Photovoltaikprojekten** lesen Sie mehr... (PDF)

Trotz Konkurs immer noch online: Inveca AG.

eröffnet. Bei den Aktionären herrscht kein eitler Sonnenschein mehr, müssen sie doch mit einem Totalverlust rechnen.

Spuren zur 2-Milliarden-Pleite

Bei Inveca führen Spuren ebenfalls nach Deutschland – nicht etwa zu einem namenlosen Postfach, sondern zu einer der grössten Firmenpleiten der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Baarer Firma hiess nämlich bis zu ihrer Umbenennung Teldainvest AG. Der Namensgeber Teldafax war einer der grössten Energieanbieter im vollkommen liberalisierten deutschen Strommarkt und verkaufte Energie und Telefondienstleistungen an Endverbraucher. Es wurde mit der ganz grossen Kelle angerührt: teuer angelegte Werbekampagnen in allen Medien sowie das Leibchen-Sponsoring beim Bundesligisten FC Bayer-Leverkusen dienten als Kulissen. Was niemand vermuten konnte – das Ganze war ein Bluff von ungeahntem Ausmass. Teldafax als Zwischenhändler bezog in grossen Mengen Strom von verschiedenen Energieerzeugern und verkaufte diesen unter dem Einstandspreis weiter. Über ein undurchsichtiges Firmennetzwerk wurden die daraus entstehenden Verluste lange Zeit kaschiert. Der Schwindel flog erst auf, als die Zulieferer den Hahn zudrehten und das Amtsgericht Bonn im September 2011 begann, über die gesamte Teldafaxgruppe ein Insolvenzverfahren zu eröffnen. Zehntausende Kunden mussten kurzfristig auf die örtliche Grundversorgung ausweichen, obwohl sie Ihre Stromrechnungen im Voraus bezahlt hatten. Das immer noch hängige Insolvenzverfahren zählt über 1 Million Gläubiger mit einer Forderungssumme von ca. 2 Milliarden Euro. Parallel dazu läuft ein umfangreiches Strafverfahren gegen die Firmenleitung. Es gilt für die Angeschuldigten wie immer die Unschuldsumutung.

Wundersamer Klon

Mit unzähligen Gläubigern müssen sich auch Jürgen Käfer und seine Ehefrau Karin herumschlagen. Der Schuldenberg soll wieder erheblich angewachsen sein. Nicht zuletzt aufgrund der nichtbezahlten Büromieten in Adliswil in der Höhe von mehreren zehntausend Franken und ausstehenden Löhnen gegenüber ehemaligen Angestellten (siehe BULLETIN 1-2013). Wie die zuständige Person der Vermieterfirma gegenüber dem BULLETIN erklärte, werde man den zivil- wie auch strafrechtlichen Weg gegen den «Käferclan» einschlagen. Die mit viel Negativpresse behaftete Sensei Energy soll angeblich zahlungsunfähig sein. Käfer hat sich wie so oft bereits wieder einem neuen «Projekt» zugewandt. Die Auflösung der Bambusfirma durch ein zuständiges Gericht ist wohl nur noch eine Frage der Zeit. Mit finanzieller Hilfe eines «Privatdarlehens» des ehemaligen Sensei-Verwaltungsratspräsidenten Gerhard Borchers hat der monetär schwer ins Straucheln geratene Käfer sich just den Aktienmantel der Firma EC CALL Europe AG aus dem Firmestall des Mantelhändlers Peter Müller aus Zürich unter den Nagel gerissen und in Kawa Energy unbenannt. Der Aktienmantel-Dealer Müller betrieb mit der Media Inkassomanagement AG vor drei Jahren in Deutschland ein äusserst einträgliches Geschäft mit dem Versand von «Mahnbescheiden» in der Höhe von €r. 107.90. Eine altbekannte Masche, die auch von Abofallen-Betrüggern her bekannt ist. Müller sitzt zusammen mit Borchers im Verwaltungsrat der Firma Wiaplön AG in Baar, die ebenfalls im Sektor der erneuerbaren Energien tätig ist. Pikant ist, dass der Onlineauftritt der Kawa Energy AG dem der inzwischen nicht mehr aufrufbaren Sensei-Energy-Seite täuschend ähnlich sieht. Den Registranten hat man inzwischen anonymisiert – bis vor kurzem war aber noch

ein in Rom lebender Russe als Besitzer aufgeführt und die Homepage wird in Lettland gehostet. Tatsachen, die nicht gerade vertrauenserrückend auf mögliche Anleger wirken dürften.

Beim Cyberkrieg in der Schusslinie

In verschiedenen Konsumentenforen wie beispielweise auf www.beobachter.ch wird gegen die neuen und alten Verwaltungsräte von Kawa- und Sensei Energy AG scharf «geschossen». Vor allem wird über die Verantwortlichkeit von Gerhard Borchers und Marc Werder, Teilhaber bei der Firma Bluchips in Pfäffikon SZ, wegen nicht angelegten Kundengeldern bei Sensei Energy heftig diskutiert. Eine eilends aufgeschaltete «Mitteilung des Verwaltungsrates» auf der Homepage der Kawa Energy vermag die angeprangerten Punkte nicht aus dem Weg zu räumen. Selbst Geschäftspartner Futenco International auf den Philippinen steht in der Kritik. Ihr Vorsteher Jan Malkus steht im Verdacht, bei einigen Aktien-Luftnummern habe er Kursmanipulation betrieben, so z. B. bei der börsenkotierten Amitelo AG in Zürich und er pflege geschäftliche Beziehungen zum umstrittenen Anwalt Martin Grossmann an der Seefeldstrasse 45. Grossmann kam in einer Recherche der Schweizer Handelszeitung im Zusammenhang mit dubiosen Geschäften zu zweifelhaften Ehren. ■

Fortsetzung folgt.

Der Peak ist erreicht

Dr. phil. Daniele Ganser, Leiter SIPER, Präsident ASPO Schweiz 2006-2012 | Bilder SIPER

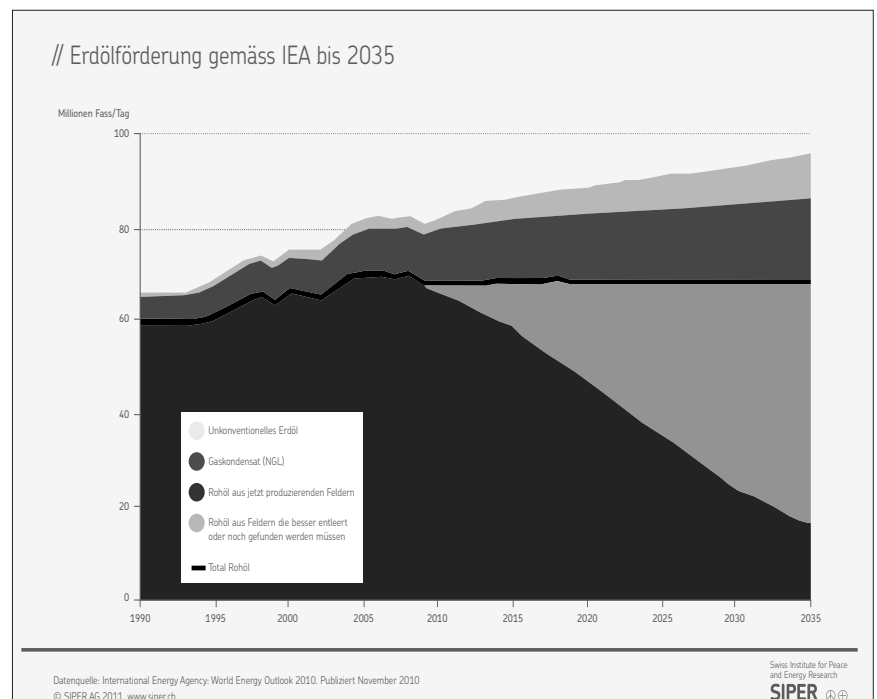
18 Erdölkrise wie im Irak 2003 haben bereits mehr als 100'000 Tote gefordert. Und auch der Klimawandel zeigt deutlich: Wir sollten das Erdöl verlassen, bevor es uns verlässt.

Der rasante demografische Wandel wird uns zwingen, auf Effizienz und erneuerbare Energien zu setzen, denn nur diese sind unendlich vorhanden. In den letzten 200 Jahren ist die Weltbevölkerung von einer auf heute sieben Milliarden angestiegen. Das Wachstum basierte bisher auf den nicht erneuerbaren Energieträgern Erdöl, Erdgas, Kohle und Atomenergie. Die Chinesen und Inder wollen, was wir schon haben: Ein Auto, einen Kühlschrank, vier beheizte Räume, fünfmal Fleisch in der Woche und einen Langstreckenflug pro Jahr. All das braucht aber Energie. Doch das Angebot an konventionellem, billigem Erdöl ist knapp.

Peak erreicht beim konventionellen Erdöl

Als der britische Erdölgeologe Colin Campbell, der für Texaco und Amoco weltweit Erdöl gesucht und gefunden hatte und auch schon an der ASPO Tagung in Basel ein spannendes Referat hielt, im Jahre 1997 das Buch «The Coming Oil Crisis» veröffentlichte und warnte, dass das konventionelle Erdöl in wenigen Jahren das Fördermaximum Peak Oil erreichen werde, worauf Finanzkrisen und hohe Erdölpreise folgen würden, wollte ihm niemand glauben.

Doch in der Zwischenzeit ist genau dies eingetreten. Das konventionelle Erdöl hat 2006 bei 70 Millionen Fass pro Tag das Fördermaximum, den «Peak Oil» erreicht. Schon seit mehr als sechs Jahren befinden wir uns auf diesem Plateau. Die Differenz zum Tagesbedarf von 88 Millionen Fass wird mit Gaskondensaten, Tiefseeöl, Tight Oil, Teersanden und Agrotreibstoffen gefüllt. Obschon der Erdölpreis deutlich angestiegen ist und auch 2012 die für Europa massgebliche Sorte Brent über 100 Dollar ko-



Kampf um knappe Ressourcen: Erdölförderung gemäss IEA bis 2035.

stete, konnte die konventionelle Förderung nicht ausgeweitet werden. Dies überrascht, hatte doch in der Vergangenheit immer die Regel gegolten: Steigt der Preis signifikant, wird die Förderung ausgeweitet. Doch das geht heute nicht mehr.

Finanzkrise und Erdölknappheit

Seit 2006 ist das konventionelle Erdöl knapp, die Preise sind hoch und die Finanzkrise beschäftigt uns täglich in vielen verschiedenen Facetten. Im Dezember 2012 publizierte die Credit Suisse ein Research Paper mit dem Titel «War es eine Finanzkrise ... oder eine Ölkrise?» und vernetzte explizit das knappe Erdöl-Angebot mit der grössten Rezession seit den 1930er Jahren: «Im vorliegenden Essay vertreten wir den Standpunkt, dass die Finanzkrise durch eine En-

ergiekrise verschärft oder sogar durch eine solche verursacht wurde», so die Autoren um Giles Keating, «zumal der Welt infolge einer steigenden Nachfrage in den Schwellenländern, einer wenig disziplinierten Energiepolitik in den OECD-Staaten und eines fehlenden Neuangebots zeitgleich das Öl auszugehen drohte».

IEA bestätigt Peak

Und auch die Internationale Energie Agentur (IEA) in Paris, die sich lange gegen die Forschung von Colin Campbell gewehrt und während Jahren behauptet hatte, es gebe keinen Peak Oil, musste im November 2010 im World Energy Outlook (WEO) einräumen, dass beim konventionellen Erdöl der Peak erreicht sei: «Die Rohölproduktion erreicht ein wel-

liges Plateau von 68–69 mbd im Jahr 2020, aber nie wieder den Peak Oil von 70 mbd, der im Jahr 2006 erreicht wurde.» Im neusten World Energy Outlook, der im November 2012 publiziert wurde, bestätigte die IEA den Peak (den sie diesmal auf 2008 datierte), und räumte ein, dass das konventionelle Erdöl nicht nur schon seit Jahren stagniere, sondern in Zukunft gar zurückgehen werde: «Das Angebot an Rohöl schwankt zwischen 65 und 69 Millionen Fass pro Tag, wird nie mehr den historischen Peak von 70 Millionen Fass aus dem Jahre 2008 erreichen, und fällt zwischen 2011 und 2035 um 3 Millionen Fass pro Tag.»

Wer die Studien der IEA und der Credit Suisse mit den Prognosen von Campbell vergleicht, kommt zum Schluss, dass der Gründer des ASPO Netzwerkes genau diese Prognosen gemacht hatte, vor nunmehr 15 Jahren, und dass es daher wichtig ist, dass diese Daten durch das Swiss Institute for Peace and Energy Research (SIPER), das ich leite, öffentlich bekannt gemacht werden. «Wir sind es nicht gewohnt, dass Dinge irgendwann gänzlich aufgebraucht sind, weil wir daran glauben, dass wir immer wieder in den nächsten Supermarkt fahren können, um unsere Reserven aufzustocken», doch der globale Peak Oil werde diesen Glauben erschüttern, so Campbell in seinem Buch «The Coming Oil Crisis». Schon damals unterschied der Erdölgeologe scharf zwischen konventionellem Erdöl und unkonventionellen Quellen wie Teersand, Tiefseeöl und Tight Oil. «Der Welt geht nicht das Erdöl aus, oder genauer, noch eine ziemlich lange Zeit nicht. Aber was ausgeht, ist das billige Erdöl, und zwar schnell», warnte Campbell 1997, als der Preis noch bei 10 Dollar

pro Fass lag. Die kommende Zeit werde «nicht einfach» sein, weil der Peak Oil fundamentale Umwälzungen erzwingen werde, doch er betonte, dass aus der Krise möglicherweise «eine bessere und nachhaltigere Welt entstehe». Dies hänge davon ab «wie gut wir den Umbruch meistern», so der Erdölgeologe. «Lange Zeit für die Vorbereitung haben wir nicht.»

Verwirrte Medienlandschaft

Die Aufklärungsarbeit der SIPER bleibt wichtig und dringend. Denn in den Medien werden mit Bezug auf Fracking von unkonventionellem Erdöl und Erdgas in den USA immer

wieder Geschichten publiziert, die ohne konkretes Zahlenmaterial behaupten, es komme zu einer Erdölschwemme. Dabei wird eines völlig übersehen: Das konventionelle Erdöl geht in den USA schon seit 40 Jahren zurück, von Überfluss kann keine Rede sein. Weil seit 2006 global das konventionelle Erdöl den Peak Oil erreicht hat, ist der Erdölpreis gestiegen. Erst diese Knappheit erlaubt es, mit hohen Kosten, grossem Energieaufwand und starker Belastung für die Umwelt das unkonventionelle Erdöl abzubauen. Davon liegt reichlich in der Erde. Besser aber wäre es, wenn wir auf erneuerbare Energien und Effizienz setzen würden. ■

Europa im Erdölrausch: Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit

Das Buch «Europa im Erdölrausch» erzählt die spannende Geschichte unserer Abhängigkeit vom Erdöl, dessen industrielle Förderung erst 1859 begonnen hat.

88 Millionen Fässer Erdöl werden weltweit täglich verbraucht. Das sind 44 Supertanker. Woher kommt das Öl? Wie hat es die europäische Geschichte in den letzten 150 Jahren beeinflusst? Und vor allem: Warum geht es uns jetzt aus? Daniele Gansers Buch öffnet auch Branchenkenner neue Einsichten in das Thema.

Dr. Daniele Ganser, Peak-Oil-Experte und Friedensforscher, legt die erste Gesamtdarstellung zu Europas Erdöl-Abhängigkeit vor. Er schildert den Beginn der Erdölindustrie, das durch billige Energie angetriebene Wirtschaftswachstum, die Erdölkrisen der 1970er-Jahre und die Hintergründe des andauernden, blutigen Kampfs ums Erdöl bis hin zu den jüngsten Kriegen im Irak und in Libyen. Absoluten Neuigkeitswert hat Gansers Nachweis, dass beim konventionellen Erdöl weltweit bereits 2005 das Fördermaximum erreicht wurde. Für heisse Diskussionen werden auch seine Szenarien zur energiepolitischen Zukunft sorgen: Spitzt sich der globale Kampf ums Erdöl zu? Gelingt den Europäern die Wende hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien?

Weiterführende Links:

- www.peakoil.ch
- www.siper.ch; www.iea.org



Gemüse aber fair

Von Raymond Getaz, Mitglied Europäisches BürgerInnen Forum | Bild BULLETIN

20

Vom 3. bis zum 10. Februar besuchte eine Delegation der andalusischen LandarbeiterInnen-Gewerkschaft die Schweiz. An Informationsabenden in Genf, Zürich und Bern informierte sie über die prekären Arbeitsbedingungen in der Produktion und Verarbeitung von Gemüse und Obst im Plastikmeer von Almeria. Höhepunkt der Tournee war die Tagung «Die sozialen Folgen der Industrialisierung der Landwirtschaft» am 7. Februar in Bern, an der mehr als hundert Personen teilnahmen. Dieser Artikel wurde uns vom Forum Civique (Europäisches BürgerInnen Forum) zur Verfügung gestellt, er kann unter www.forumcivique.org in ganzer Länge nachgelesen werden.

An dieser Tagung kamen Menschen zu Wort, die direkt von der Industrialisierung der Lebensmittelproduktion betroffen sind. So wurde über die Arbeitsbedingungen im Verpackungsbetrieb Biosol Portocarrero in Almeria (Andalusien) berichtet, der auch die grossen Schweizer Supermarktketten mit aussersaisonalen Bio-Gemüse beliefert. Zu denken gibt auch, dass in diesem Unternehmen nur sieben der achtzig Beschäftigten feste Arbeitsverträge haben, alle anderen arbeiten auf Abruf. Auch in der Schweiz gibt es ähnlich prekäre Arbeitsbedingungen in der Verpackungsindustrie.

Eine ehemalige Angestellte eines schweizerischen Fleischverpackungsbetriebs berichtete über die unakzeptablen Bedingungen und das Mobbing, dem sie dort ausgesetzt war. Der prekäre Aufenthaltsstatus der Frau wurde vom Unternehmen schamlos ausgenutzt. Nur mit gewerkschaftlicher Unterstützung durch «l'autre syndicat» erreichte sie vor Gericht schlussendlich die Auszahlung der geleisteten Überstunden.

Nach wie vor sind in den Gewächshäusern des intensiven Gemüseanbaus in Almeria unhaltbare Bedingungen zu finden: Miserable Löhne,

das Fehlen von Arbeitsverträgen und die katastrophalen Lebensbedingungen in den «chabolas» (Slumsiedlungen), in welchen tausende MigrantInnen hausen.

Auch die Schweiz ist betroffen

Auch in der Schweiz arbeiten LandarbeiterInnen oft unter unannehmbaren Bedingungen, wie von einer betroffenen Person, die sich jahrelang im Weinbau verdingte, geschildert wurde. Die Organisation «Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft» ergänzte, dass landesweit schätzungsweise 5000 bis 8000 Sans-Papiers vertragslos in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Aber auch Bäuerinnen und Bauern kamen an der Tagung zu Wort. Sie prangerten die sich ständig verändernden Leitlinien der Landwirtschaftspolitik und den ihnen auferlegten Wachstumsdruck an. Ein Bauer aus der Westschweiz beschrieb, wie die von den Behörden propagierte Vergrösserung seines Milchwirtschaftsbetriebes ihn in eine Sackgasse geführt hatte. Er stellte seine damaligen Entscheidungen in Frage. Aufgrund der damit verbundenen Abhängigkeit, würde er heute nicht mehr eine Spezialisierung auf eine einzige Produktion wählen. Weitere engagierte Beiträge aus dem Publikum wiesen auch auf die zerstörerische Natur der Industrielandwirtschaft hin, die den Menschen ausgrenzt und viel mehr Kalorien verbraucht als produziert.

Gewinner und Verlierer

Im Plastikmeer von Almeria haben sich viele Grosskonzerne ausgebreitet, die Ausrüstungsmaterial für die Gewächshäuser sowie Dünger, Pestizide und Plastik herstellen. Sie gehören ebenso zu den Gewinnern dieser Entwicklung wie die europäischen Grossverteiler. Diese weigern sich beharrlich, ihre Lieferanten bekannt zu geben. Daher ist es eine mühsame Recherchearbeit, den Weg der Pro-



Eine radikale Wende zugunsten einer sozialen und ökologischen Landwirtschaft ist dringend nötig.

dukte von der Ernte bis in die Regale der Supermärkte zu verfolgen und herauszufinden, wer welche Gewinnspannen einstreicht. An der Tagung wurde wieder deutlich, dass die Industrialisierung der Landwirtschaft gravierende Folgen für LandarbeiterInnen, BäuerInnen und Beschäftigte in der Nahrungsmittelindustrie hat. Sie sind die schwächsten Glieder in der Produktionskette und oft schutzlos dem Preis- sowie dem damit verbundenen Lohndumping ausgeliefert.

Dringende Wende

Die weiterhin fortschreitende Industrialisierung der gesamten Nahrungsmittelproduktion muss gestoppt werden. Dazu braucht es eine radikale Wende in der Landwirtschaftspolitik zugunsten einer breit abgestützten sozialen und ökologischen Landwirtschaft, die von KonsumentInnen und ProduzentInnen gemeinsam getragen wird. Dieser grossen Herausforderung müssen wir uns schon aus eigenem Interesse stellen, denn die Sicherheit unserer Ernährung steht auf dem Spiel. In diesem Sinn wurde anlässlich der Tagung ein Forderungskatalog zusammengestellt, der sich an den schweizerischen Bundesrat und das Parlament richtet. Er wurde den Landwirtschaftsverbänden, den Gewerkschaften, den KonsumentInnenorganisationen und den politischen Verantwortlichen zugestellt. Seine Forderungen zielen darauf ab, die ärgsten Missstände zu beheben. Weitere Treffen werden darauf ausgerichtet sein, Ansätze für eine alternative Landwirtschafts- und Ernährungspolitik zu formulieren.

Forderungskatalog

Die Forderungen beinhalten hauptsächlich den Schutz der Direktbetroffenen, insbesondere Frauen, die von der Industrialisierung der Landwirtschaft besonders hart betroffen sind: Gleichberechtigung und Mitbestimmung der Frauen in der Landwirtschaft auf allen Ebenen. Weiter

werden unter anderem die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Angestellten durch die Ratifikation und die Anwendung der diesbezüglichen internationalen Konventionen gefordert – besonders jene, die die Sicherheit und die Gesundheit in der Landwirtschaft betreffen: Dass in der Schweiz die Landwirtschaft unter das Arbeitsgesetz gestellt wird und dass ein bindender nationaler Normalarbeitsvertrag für die landwirtschaftlichen Angestellten geschaffen wird, der den Arbeitsbedingungen anderer Wirtschaftssektoren entspricht. Dass die internationalen Konventionen zum Schutz der WanderarbeiterInnen und ihrer Familien unterzeichnet, ratifiziert und umgesetzt werden. Dass die in der Landwirtschaft

beschäftigten Sans-Papiers reguliert werden. Dass die bäuerliche Landwirtschaft gestützt wird, indem Fair-Trade-Kriterien für die Produkte aus der bäuerlichen Landwirtschaft aufgestellt und umgesetzt werden und der Mehrwert in der Produktionskette gerechter verteilt wird. Dass attraktive Voraussetzungen geschaffen werden, damit vermehrt Jugendliche in die Landwirtschaft einsteigen. Dass eine Kontrollinstanz geschaffen wird, die zum Ziel hat, das Preisdumping der Grossverteiler zu verhindern. Dass soziale Minimalstandards für die Produktion landwirtschaftlicher Güter festgelegt werden und dass bei offensichtlicher Missachtung sozialer Standards die Grossverteiler zur Verantwortung gezogen werden. ■

71 der 509 Zuger Landwirtschaftsbetriebe produzieren biologisch (Stand: 31.12.12). Die Direktvermarktung ist das Herz der Bio-Landwirtschaft.

Folgende Zuger Bio-Betriebe bieten in hofeigenen Läden ihre Produkte an:

Baar	Andermatt Josef , Grossacker
Edlibach	Halter Gottfried und Edith , Chripfelihof
Finstersee	Staub Meinrad , Greit
Menzingen	Hegglin-Zürcher Martin , Oberbrämen
Menzingen	Meier Martha , Fürschwand
Menzingen	Strickler-Gwerder Pius und Doris , Chnächtlichswand 1
Morgarten	Müller-Mazzacane Albert und Elisabeth , Warth
Oberägeri	Iten Paul , Gütschli
Oberägeri	Nussbaumer-Hohl Alfred und Lydia , Siedlung 1
Rotkreuz	Knüsel-Windlin Ivo und Heidi , Breiten 2
Rotkreuz	Schneider Hansruedi , Rischerstr. 14, 6343 Buonas
Unterägeri	Gisler Iten Regina und Iten Oswald , Buen
Unterägeri	Grab Leo und Marlise , Unterfurren
Walchwil	Enzler-Keller Josef , Dietschwand
Walchwil	Fuchs-Durrer Albert und Margrit , Lienesberg
Walchwil	Rust-Kunz Thomas und Nadine , Oberbossen
Zug	Helfenstein Anna Maria , Ägeristr. 36
Zug	Hofladen St. Karl , BG Büssikon, c/o Toni Niederberger, Artherstr. 59

verfügbar unter: <http://www.zg.ch/behoerden/volkswirtschaftsdirektion/lbbz>
(Beratung - Direktvermarktung) Stand 17.10.12

www.zentralplus.ch

Redaktion BULLETIN

22

Anfang Januar ist das Online-Portal Zentralplus gestartet, als «profiliertere Ergänzung zu tagesaktuellen Medien» in der Innerschweiz. Man will Informationen aus den Kantonen Luzern und Zug liefern, «die anderswo nicht zu finden sind ... Wir suchen einen anderen Blickwinkel, gehen ins Detail und fragen nach.» Das ist in der Tat ein sehr hoher Anspruch an sich selbst. Im folgenden Artikel nähert sich das BULLETIN dem Medium kritisch.

Dienstag, 11. Juni mittags. Der Autor ist sich bewusst, der Zeitpunkt ist völlig willkürlich. Aber eine kritische Annäherung an Zentralplus setzt auch Transparenz voraus. Einfach nur über Medien herzufahren, ist zwar ein beliebter Volkssport, seriös ist es aber nicht.

Die Redaktion von Zentralplus legt gemäss Eigendarstellung Wert auf Qualität. Nur, was ist qualitativ guter Journalismus? Die Leser des Blicks und die Leser der Financial Times werden darauf ganz unterschiedliche Antworten geben. Darum schafft der Autor auch hier wieder Transparenz und stellt jene Kriterien vor, auf denen im Folgenden seine Bemerkungen zu Zentralplus beruhen. Es sind dies: Attraktivität (der User muss gerne hingucken und lesen, nur so bleibt er einer Seite treu), Relevanz (für irgendwelchen Gugus verschwendet niemand seine knappe Zeit), Mehrwert (man erfährt etwas Neues), Glaubwürdigkeit (die beginnt schon bei der Rechtschreibung), Verständlichkeit (was nützt der beste Text, wenn er von den Lesern nur mit Hilfe von Nachschlagewerken verstanden wird).

Attraktive Bilder

Was gleich auffällt, ist die klare Gliederung der Texte. Zuoberst ein Block zum bevorstehenden B-Sides Festival auf dem Sonnenberg.

Ein kleiner Anriss auf der Front, samt der Möglichkeit, Tickets zu gewinnen. Dann ein ausführlicher Artikel über eine der 28 auftretenden Bands. Gut kombiniert, ein attrak-

tives Bild der Willisauer Musiker. Nur – und das ist nun ein sprachliches Detail: der Text beginnt mit dem Allerweltsatz «Das achte B-Sides Festival steht vor der Tür.» Kurz vor Weihnachten steht dann auch wieder das Christkind vor der Tür. Der Kritiker kann nur sagen, öffnet endlich Tür und Tor und lasst diesen Satz für immer am Horizont verschwinden.

Grossen Gefallen finden die Bilder unter der Rubrik «Fundstücke». Derzeit sind Fotos des polnischen Fotografen Tomasz Trzebiatowski zu bewundern. Die Serie «Luzern helldunkel» überzeugt – und bietet im Sinne des eigenen Anspruches in der Tat einen wirklichen Kultur-Mehrwert fürs Auge. Die Palette ist breit, von Amateur-Schnappschüssen bis zu photographischen Kunstwerken von Emanuel Ammon.

Überhaupt ist die Kultur stark vertreten auf der Startseite an diesem Dienstag. Es folgt an zweiter Stelle ein Artikel über Haris Dubica, einem bosnisch-schweizerischen Doppelbürger aus Emmen, der als Regisseur Musikvideos produziert und im Balkan Starkult geniesst, interessant geschrieben, eine spannende Person. Nur – das ist auch wieder ein Detail. Wenn schon ein Video in den Artikel integriert ist, warum findet es der User erst ganz am Schluss?

Aktualisierung als Notwendigkeit

Im Gegensatz zu einer Zeitung oder Zeitschrift, die einmal gedruckt nicht mehr zu verändern ist, können und müssen News-Seiten stän-

dig verändert, also aktualisiert werden. Ansonsten stellt sich schnell ein Déjà-vu-Effekt beim User ein. So gesehen müsste ein Bericht zu den lokalen und kantonalen Abstimmungen vom Sonntag bereits am Montag überarbeitet werden – beispielsweise mit Reaktionen und Stimmen oder mit Ausblicken. Es interessiert doch jetzt, wie es nun mit der Bau- und Zonenordnung in der Stadt Luzern weitergeht, wann die nun möglichen Hochhäuser gebaut werden. Die teils fehlende Aktualität wird dagegen wettgemacht durch tolle Ideen und Umsetzungen. Attraktiv gemacht ist etwa der Städtevergleich zwischen Luzern und Zug, wo gewisse Vergleiche durchaus auch zum Schmunzeln anregen. Vor allem die grafische Aufarbeitung macht Spass anzusehen. Der Luzerner Badi-Report könnte auch auf andere Seen ausgeweitet werden.

So bleibt ein vorübergehendes Fazit: Zentralplus ist durchaus attraktiv, ihre Texte sind relevant und verständlich geschrieben – man merkt, da steckt ein junges Team dahinter. Was noch etwas fehlt, sind Neuigkeiten und Überraschungen – also die News, die anderswo nicht zu finden sind. Der grosse Primeur, der die politische Innerschweiz ins Wanken bringt, der fehlt noch. Darum soll die Redaktion aber nicht den Mut verlieren: Die grosse Hochzeitstorte macht man einmal im Leben, entscheidend ist die Qualität des täglichen Sauerteig-Brottes. Und da ist die Redaktion von Zentralplus auf einem guten Weg. ■

Community und SEO

Internet-User, die sich für Informationen interessieren, haben ihre Favoriten – 20minuten, SRF, Tagesanzeiger, Blick, NZZ, Spiegel oder andere. Alle diese Newsportale haben den grossen Vorteil, dass ihre Internet-Seiten mit einem Print-Produkt (Zeitung/Zeitschrift) oder einem Radio- und TV-Unternehmen verbunden sind. Sie profitieren von der Marke und vom Image der Unternehmung dahinter. Anders ist es bei www.zentralplus.ch – da gibt es kein Printprodukt als Basis. Das heisst: Die Redaktion muss sich ihre Leserschaft ohne sicheren Abonnentenstamm aufbauen und vor allem bei der Stange halten. Das heisst, man braucht eine eigene Community, die der Seite treu ist und – fast noch entscheidender – die Seite auch weiterempfiehlt. SRG-Generaldirektor Roger de Weck formulierte es kürzlich so: «Wo einst die Marke einer Zeitung oder eines Senders massgeblich war, ist die Empfehlung der Freunde auf Facebook oder Twitter heute ebenfalls ein wichtiges Kriterium, was gelesen, gehört oder angeschaut wird. In sozialen Medien präsent zu sein, ist entscheidend.» (Migros-Magazin vom 1. Juni 2013). Derzeit zählt die Zentralplus-Community gut 500 Mitglieder.

Für Journalistinnen und Journalisten in Internet-Medien ist der Begriff SEO, Search Engine Optimization, zu deutsch «Suchmaschinenoptimierung» ein ständiger Begleiter. Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass viele Besucher im Netz über Google einsteigen und dann nach Begriffen suchen. Es gilt also, die wichtigsten Keywords (wonach ein interessierter User im Normalfall sucht) möglichst früh in den Titeln und den Texten zu platzieren. «Die wirksamsten Keywords sind nicht immer diejenigen, die man selbst am liebsten verwendet. Bei der Auswahl der Keywords ist es wichtig, immer die Zielgruppe im Auge zu behalten» (www.wordweb.ch/schreiben-internet-suchmaschinen-optimierung-seo.html).

Es gibt gar eigene Tools, um herauszufinden, welche Suchbegriffe bei Google besonders häufig eingegeben werden. Oder es gilt die Regel, Keywords im Text häufig zu verwenden; bis maximal 8 Prozent sind laut Untersuchungen optimal – das Keyword kommt je hundert Wörter Text mindestens achtmal vor.

Keyword-Test am 10. Juni

Der Keyword-Test auf Google vom Montag 10. Juni ergab folgendes Resultat, eingegeben wurden die Stichwörter «BZO Luzern» (Abstimmung Stadt Luzern), Majorz (Abstimmung Kanton Zug) sowie Schmolz+Bickenbach (Machtkampf im Unternehmen):

BZO Luzern: Die ersten drei Text-Treffer verweisen auf offizielle Seite der Stadt Luzern. Dann folgen die beiden Medien Luzerner Zeitung (neckischerweise die Obwaldner Ausgabe noch vor der Luzerner Ausgabe) und dahinter Zentralplus.

Majorz Zug: An der Spitze der Treffer die offizielle Seite des Abstimmungs-Komitees für die Majorzwahl. Dahinter dann die Medienberichte zur Abstimmung. Interessant die Reihenfolge: Aargauer Zeitung, Zentralplus, die NZZ, das Portal news.ch und weiter hinten die Zuger Zeitung.

Schmolz+Bickenbach: Hier ist das Suchergebnis für die lokalen Medien ernüchternd. Ein NZZ-Artikel rangiert noch vor der firmeneigenen Homepage, dann folgen weitere Artikel von NZZ, Handelszeitung, Finanz und Wirtschaft sowie Cash. Erst auf der zweiten Google-Seite findet sich ein erster Text der Luzerner Zeitung, Zentralplus rangiert noch viel weiter hinten.

Dieser Test sagt nichts aus über die Qualität der einzelnen Texte zu den Themen. Er ist lediglich ein Hinweis darauf, was der suchende User zuerst als mögliche Informationsquelle über Google findet.

Die Grossen lässt man laufen...

Heinrich Frei | Bild INTERNET

24

Im vergangenen September forderte Erzbischof Desmond Tutu, dass George W. Bush und Tony Blair wegen Kriegsverbrechen vor das Internationale Gericht in Den Haag gestellt werden, wegen Folterungen und wegen dem Krieg im Irak und Afghanistan. Jetzt rechtfertigt der künftige CIA-Chef John Brennan, der Gehilfe des Friedensnobelpreisträgers Barack Obama, aussergerichtliche Hinrichtungen durch US-Drohnen.

Unter Obama wird nicht mehr gefoltert wie unter den bekennenden Christen Bush und Blair, heisst es. Aber Verdächtige werden kurzerhand durch die USA mit Drohnen umgebracht, ohne vorher gequält zu werden, ohne dass sie Waterboarding-Behandlungen (simulierten Ertränkungen) unterzogen werden. Haben diese Tötungen mit Drohnen und die Kriege der USA im Irak, in Afgha-

serer bundeseigenen, subventionierten Rüstungsbetriebe Ruag, die vor Kurzem wieder ihre Kriegsgeräte an der Waffenmesse in der Golfdiktatur Abu Dhabi ausstellten.

Menschenrechte

Aussergerichtliche Hinrichtungen durch US-Drohnen verletzen die Menschenrechtserklärung die auch die USA unterschrieben hat. In der Erklä-

dem Gesetz nachgewiesen ist», (Artikel 10 und 11). Doch die aussergerichtlichen Hinrichtungen durch Drohnen der USA, die unter Barack Obama stark zugenommen haben, sind kein Fall für US-Gerichte. Auch die Uno oder der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag interveniert nicht gegen diese Hinrichtungen ohne Prozess. Bei diesen Tötungen von Terrorismus-Verdächtigen kommen immer wieder viele Zivilisten um.

... die Kleinen hängt man!

Politiker, Geheimdienstbeamte und hohe US-Armeeangehörigen werden heute in den USA wegen ihrer Verbrechen nicht vor Gericht gestellt, sondern beispielsweise der kleine Soldat Bradley Manning der via Wikileaks Verbrechen ans Tageslicht gebracht hatte. Schon im Vietnamkrieg setzte man die Kriegsdienstverweigerer Jahre hinter Gitter, nicht die Leute, die verantwortlich waren für den Vietnamkrieg, der 58'000 amerikanischen Soldaten und über drei bis fünf Millionen Vietnamesen, Kambodschanern und Laoten das Leben gekostet hatte. Daniel Ellsberg, der während des Vietnamkriegs die Pentagon Papers ans Tageslicht gebracht hatte, konnte von Glück reden, dass man ihn nicht – wie heute Bradley Manning – eingesperrt hat. Der 25-jährige Bradley Manning wird unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten, wie so viele Gefangene in den USA. Bradley Manning deckte via Wikileaks furchtbare Verbrechen der USA auf. Er zeigte unter anderem, wie US-Soldaten von einem Helikopter aus elf Zivilisten ermordet haben, darunter auch Kinder und den 22-jährigen Reuters-Fotografen Namir Noor-Eldeen. ■



Kundgebung in Frankfurt am Main am 21. Januar 2012
(Internet: http://de.wikipedia.org/wiki/Bradley_Manning)

nistan, in Libyen usw. etwas mit der Schweiz zu tun oder gehört dies nur zur abendlichen Tagesschau auf dem Sofa mit Salznüssli und Chips? Laut der Verordnung über den Export von Kriegsmaterial der Eidgenossenschaft wäre der Export von Rüstungsgütern an Staaten verboten, die wie die USA und andere Nato-Staaten «in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind» oder an Staaten welche «die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen». Die USA und die Nato, die immer wieder Kriege führen, sind gute Kunden der Schweizer Todesfabriken auch un-

zung der Menschenrechte von 1948 kann man nachlesen, dass «jede Person bei der Feststellung ihrer Rechte und Pflichten sowie bei einer gegen sie erhobenen strafrechtlichen Beschuldigung in voller Gleichheit Anspruch auf ein gerechtes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht hat», und dass «jede Person, die wegen einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, das Recht hat, als unschuldig zu gelten, solange ihre Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem sie alle für ihre Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäss

Siehe Film dazu:

- <http://collateralmurder.com>
- <http://www.youtube.com/watch?v=5rXPPrfnU3G0>

Aufbruchstimmung

Redaktion BULLETIN | Bilder Paula Gisler

Anlässlich der Jahresversammlung der Alternativen – die Grünen des Kantons Zug vom 5. Juni 2013 wurde die 32-jährige Jolanda Spiess-Hegglin zur Co-Präsidentin gewählt. Sie ersetzt den abtretenden Andreas Hürlimann. Zusammen mit Barbara Beck-Iselein haben die Alternativen – die Grünen nun zwei Frauen an der Spitze.

Doch es gab noch mehr Überraschungen an dieser Jahresversammlung. Die Alternativen – die Grünen sind auf Wachstumskurs. An der diesjährigen Jahresversammlung wurde der Beitritt des Grünen Forum Hünenberg bekannt gegeben. Mit Rita Hofer übernimmt eine engagierte Präsidentin das Zepter der neuen Ortsgruppierung, um auch der Bevölkerung von Hünenberg eine grüne Alternative bieten zu können.

Das Wachstum der Alternativen – die Grünen ist für politische Erfolge essenziell.

Neue Homepage

Damit nicht genug: Neu ist auch der virtuelle Auftritt der Grünen Partei. In einem intensiven Austausch hat eine Arbeitsgruppe über Monate eine neue Homepage geschaffen. Das Endprodukt kommt leicht, dynamisch und informativ daher – und lässt verstaubte Floskeln hinter sich. Mit den klaren Ansagen auf der neuen Website lässt sich leicht erkennen: Die Alternativen – die Grünen Zug sind in Aufbruchstimmung.

Zum Schluss der Jahresversammlung fiel mit grün eingefärbtem Schaumwein aus der Region auch der Startschuss zum Wahljahr 2014. Mit Monika Hirt-Behler konnten die Alternativen – die Grünen eine erfahrene Frau für die Leitung des Wahlausschusses gewinnen. ■



Jolanda Spiess-Hegglin löst Andreas Hürlimann im Co-Präsidium der Alternativen – die Grünen ab.



Monika Hirt-Behler gibt den Anstoss zum Wahljahr 2014.

25

Parteiausschluss von Rupan Sivaganesan

Die ausserordentliche Mitgliederversammlung der Alternativen – die Grünen der Stadt Zug vom 15. Mai 2013 hat mit 16 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung den Parteiausschluss von Rupan Sivaganesan beschlossen.

Die Parteimitglieder haben das Handeln von Rupan Sivaganesan im Rahmen verschiedener Vorkommnisse diskutiert. Dieses Handeln sowie seinen Umgang mit Kritik haben sie als parteischädigend taxiert.

Hauptgründe für den Parteiausschluss waren:

- An der 1.-Mai-Feier war er beim Ausschluss einer ausländischen Gruppierung und bei einem Rayonverbot für einen Redner involviert.
- Im Vorfeld der Wahlen 2010 hielt er sich nicht an Abmachungen des Wahlausschusses und hat sich unsolidarisch gegenüber Mitkandidierenden gezeigt.
- Bei den Nationalratswahlen 2011 hat Rupan Sivaganesan im Rahmen einer Aktion für das Ausländerstimmrecht durch seine Intransparenz zu einer parteischädigenden öffentlichen Debatte beigetragen.

Aufwändige und zahlreiche Diskussionen verliefen erfolglos. Darum füllten die Mitglieder diesen schwerwiegenden Entscheid. Rupan Sivaganesan ist nach dem Parteiausschluss durch die Mitgliederversammlung aus eigenem Antrieb aus der Fraktion des Grossen Gemeinderates ausgetreten. Hiermit ist für die Alternative – die Grünen der Stadt Zug ein belastendes Kapitel geschlossen und wieder Raum für sachpolitische Themen entstanden.

Im Namen des Vorstandes Thomas Ehrensperger



26

Büchermail

Liebe Leute
Heute hat mir jemand gesagt, dass jene, die noch lesen in Zeiten von E-Books allerhöchstens noch ein Taschenbuch in die Hand nehmen. Also komme ich mit ein paar «leichten» Tipps für die Sommerferien!

Bestseller, Isabelle Flükiger, Rotpunkt-Verlag, Fr. 26.00
Isabelle Flükiger aus Fribourg hat einen «leichten» kleinen Roman geschrieben. Diese Sommergeschichte, die so beschwingt und frech daherkommt, entwickelt sich aber ziemlich schnell zu einem Text mit viel Tiefgang. Ich bin ziemlich beeindruckt und habe die junge Autorin für eine Lesung eingeladen:
Mo, 26.8., 20 h Schmidgasse!



Wandern ist doof, Imboden, Blanca, Wörtersch-Verlag, Fr. 24.90
Witzige Unterhaltung bietet das Buch von Blanca Imboden. Eine Frankfurterin gewinnt bei einem Wettbewerb 12 Tage Ferien in Morschach!



Das Gedächtnis des Wassers, Gantheret, François, DTV, Fr. 14.90
Endlich wieder lieferbar ist das wunderbare Buch von Francois Gantheret. Ein Dorf in den Savoyer Alpen, der gewaltsame Tod einer Jugendliebe. Sehr sensibel und stimmungsvoll!

Und hier kommen drei Krimis von Schweizer Autoren:

Wahlschlacht, Matzner, Markus, Gmeiner-Verlag, Fr. 17.90
Markus Matzner wurde mit seinem Maienfelder-Weinkrimi bekannt. In seinem neuen Buch geht es um die Wahlen 2014, Mord beim Schweizer Fernsehen und einen Putschversuch! Sehr spannend, auch wenn einzelne Figuren nicht ganz «verhäbed»!

Töte deinen Nächsten, Herzig, Michael, Grafit-Verlag, Fr. 14.90
Neu im Buch der letzte Züri-Krimi von M. Herzig. Nach dem ersten musste ich auch die beiden anderen lesen. So geht's mir selten mit Krimi-Reihen, aber Johanna di Napoli muss man einfach lieben. Hoffentlich geht's weiter so!

Müller und die Schweinerei, Zehnder, Raphael, Verlag Emons, Fr. 14.90
Und hier kommt Benedikt Müller – aber nicht minder witzig und schräg wie Mike Müller. Wer hat den Schweinekübel im Bio-Restaurant Sumatra in Zürich vergiftet?

Mit herzlichen Grüßen und den besten Wünschen für einen «richtigen» Sommer!
Susanne Giger

Taste the Waste
Montag, 8. Juli 2013, 20 Uhr im Kino Gotthard in Zug.
Das allein in Europa weggeworfene Essen würde zweimal reichen, um alle Hungernden der Welt zu ernähren. Jeder zweite Kopfsalat, jede zweite Kartoffel und jedes fünfte Brot landet im Abfall. Dass wir die Hälfte unseres Essens verschwenden, wirkt sich auch verheerend auf das Weltklima aus.



«Taste the Waste» findet ein System, an dem wir uns alle beteiligen: Supermärkte bieten durchgehend die ganze Warenpalette an. Bis spät in den Abend muss das Brot frisch sein, zu jeder Jahreszeit gibt es Erdbeeren. Und in den Regalen muss alles immer perfekt aussehen. Der alltägliche Wahnsinn ...

Doch Regisseur Valentin Thurn findet auch Menschen, die Alternativen entwickelt haben, um die Verschwendung zu stoppen: Beispielsweise indem sie die Container von Supermärkten nach Essbarem durchsuchen. Die einen tun es aus wirtschaftlicher Not, andere aus Protest gegen die Verschwendung.



Solche Menschen gibt es auch bei uns in Zug, z.B. die Foodsaver-Aktivistin Lotta, die von Kolleginnen und Kollegen für ihr Tun oft belächelt wird. Doch ihre Überzeugung ist stärker: Es braucht ein weltweites Umdenken. Und dieses beginnt bei uns. Lotta gibt nach der Vorstellung Auskunft über ihre Beweggründe und ihre Erfahrungen.



Ausblick Herbst 2013

FLIZ spielt im August keinen Film. Das Programm ab September ist noch offen. Geplant sind im Herbst folgende Filme:

Berg Fidel – Eine Schule für alle, Die Schule Berg Fidel klassifiziert die Kinder nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit, sie ist eine Schule für Kinder mit spezifischen Problemen. Der Film öffnet die Augen dafür, wie auch solche Kinder in den Schulalltag integriert werden können.

The End Of Time, Peter Mettler nimmt uns mit auf eine bildgewaltige, poetische und auch philosophische Reise um die Welt, in deren Verlauf er versucht, die Frage zu klären, was Zeit ist. Eine intelligente Meditation.

Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug



Freitag, 23., und Samstag, 24. August, Forum Oberägeri
«Kino am Bach» Sebelis Sage, Alosenstrasse 7, Oberägeri

Mittwoch, 4. September, Alternative Monatsbar
18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug mit Köchinnen und Köchen Gleis 3 Alternative Risch, ab 20.15 Uhr, Thema «Diskussionsabend mit Svea, Felix und Stephan»

Samstag, 7. September, Forum Oberägeri
17 Uhr, Mitgliederversammlung Pfrundhaus Oberägeri

Dienstag, 14. September, Forum Oberägeri
Märchtbeizli am Wuchemärt. 9–11 Uhr, ZVB-Station Oberägeri

Samstag, 28. September, Gleis 3 Alternative Risch
Dorfmarkt in Rotkreuz, Dorfmattpplatz (Bahnhof) Gleis 3 führt das beliebte Dorfmarktkafi mit Speis und Unterhaltung!

Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug
Postfach 4806
6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:

Montag 14–18 Uhr
Dienstag 9–13 Uhr
Donnerstag 9–13 Uhr

Alternative – die Grünen Baar
Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

Grünes Forum Hünenberg
Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Menzigen
Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri
Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug
Postfach 4805
6304 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri
Philipp Röllin
forum-oberaegeri@mymail.ch

Gleis 3 Alternative Risch
Hanni Schriber
hannischriber@gmx.ch

Grüne Steinhausen
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@alternative-zug.ch

Junge Alternative Zug
Postfach 4806
6304 Zug
junge@alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham
Sha Ackermann und
Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat
www.alternativfraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
www.gruene.ch

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

BULLETIN
Nr. 2, JUNI 2013
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Postfach 4806, 6304 Zug, bulletin@alternative-zug.ch

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Lorenzo Martinoni

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling Papier)

Titelbild:
Paula Gisler

Nutzaufgabe:
800 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 3/2013:
6. September 2013

Erscheinungsdatum:
Freitag 27. September 2013

«DAS BULLETIN»
im Internet unter
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug

